Statistische Rundschau Nordrhein-Westfalen

51. Jahrgang • Februar 1999

ISSN 0934-6767

Erscheinungsfolge: monatlich

Herausgeber:
Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik
Nordrhein-Westfalen

Hauptschriftleitung: Dr. Diemar Kühn
Redaktion: Jörg Mühlenhaupt, Hans Lohmann

Jahresabonnement: 48,00 DM, Einzelheft: 5,00 DM

Bestellungen nehmen entgegen:

das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik NRW,
Postfach 10 11 05, 40002 Düsseldorf,
Mauerstraße 51, 40476 Düsseldorf
Fernruf: (02 11) 94 49-01
Telefax: (02 11) 44 20 06
Internet: http://www.lds.nrw.de
E-Mail: poststelle@lds.nrw.de

sowie der Buchhandel.

Nachdruck, auch auszugsweise,
nur mit Quellenangabe gestattet

Bestell-Nr. Z 01 1 9902

Inhalt

Allgemeine Fragen der Statistik	Die Bedeutung der neuen Komitologieregelung für die Gemeinschaftsstatistik	57
	Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	71
Bildung	Altersstruktur der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Juli 1998	69
	Aktuelle Ergebnisse	84
Erwerbstätigkeit	Erwerbstätige im April 1998	80
Landwirtschaft	*Aktuelle Ergebnisse*	88
Produzierendes Gewerbe	Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes im vierten Vierteljahr 1998	69
	Auftragseingänge in der Industrie im Januar 1999	70
Geld und Kredit	Insolvenzen von Unternehmen im vierten Vierteljahr 1998	70
Verkehr	*Aktuelle Ergebnisse*	90
Preise	Preisindex für die Lebenshaltung im Februar 1999	68
	Preise für Dienstleistungen im Jahre 1998	68
	Aktuelle Ergebnisse	83
Versorgung und Verbrauch	Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1998	69
	Eigentümerhaushalte im Januar 1998	80
Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen	Bruttoinlandsprodukt 1998	70
Zahlenspiegel	Ausgewählte Eckzahlen für Nordrhein-Westfalen im Zeitvergleich	92

Zentrale Information und Beratung ☎ **(02 11) 94 49-24 95/25 25**

Zeichenerklärung

(nach DIN 55 301)

0	weniger als die Hälfte von 1 in der letzten besetzten Stelle, jedoch mehr als nichts
–	nichts vorhanden (genau null)
.	Zahlenwert unbekannt oder geheim zu halten
. . .	Zahlenwert lag bei Redaktionsschluss noch nicht vor
( )	Aussagewert eingeschränkt, da der Wert Fehler aufweisen kann
/	keine Angabe, da der Zahlenwert nicht sicher genug ist
x	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll
p	vorläufige Zahl
r	berichtigte Zahl

Abweichungen in den Summen erklären sich
aus dem Runden der Einzelwerte.

Dr. Ortrud Kötz

Die Bedeutung der neuen Komitologieregelung für die Gemeinschaftsstatistik

Mit Beschluss vom 28. Juni 1999 hat der Rat eine neue „Komitologie-Regelung" verabschiedet und die Bisherige aus dem Jahr 1987 aufgehoben. Am Beispiel des Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ASP) wird die Bedeutung der neuen Komitologie erläutert. Dazu werden die Kriterien beschrieben, die für die Wahl des jeweiligen Ausschusstyps definiert wurden und die Verfahrensabläufe des Beratungs-, Verwaltungs- und Regelungsausschusses dargestellt. Die Bewertung der drei neuen Ausschusstypen erfolgt durch eine Vergleichsanalyse von neuen und alten Ausschussverfahren und auf Basis der bisherigen Praxis des Rates, wie Entscheidungsbefugnisse an die Kommission im Bereich der Statistik übertragen wurden. Es werden außerdem die Verfahrensergebnisse bei der praktischen Anwendung der Komitologie im ASP herangezogen.

Einführung

Die Rolle der statistischen Information hat seit den 80er-Jahren in der Europäischen Gemeinschaft zunehmend an Bedeutung gewonnen. Ausgelöst wurde dies durch die Einheitliche Europäische Akte (1986), den Maastrichter Vertrag (1993) sowie den Amsterdamer Vertrag (1999) und die damit verbundene schrittweise Vergemeinschaftung neuer Politikfelder. Neue Politikfelder bedeuten, dass der Bedarf der statistischen Informationen zunimmt, denn der Kommission als Hauptkonsument der Gemeinschaftsstatistik müssen alle sachdienlichen Informationen zur Verfügung stehen, die für die Ausarbeitung, Durchführung, Beobachtung und Bewertung der im Vertrag vorgesehenen Politiken erforderlich sind.[1)]

Der Ausbau des europäischen Statistiksystems erfolgt auf Basis zahlreicher Rechtsakte des Rates. Wenn die vorhandenen nationalen Statistiken den erforderlichen Informationsbedarf der Gemeinschaft nicht abdecken konnten, wurden oftmals neue Erhebungen erforderlich oder bestehende Statistiken mussten ausgeweitet werden. Im Regelfall überträgt der Rat die Durchführung von Rechtsakten der Kommission[2)]. Dies trägt dem Bedürfnis des Rates Rechnung, durch Delegation von Befugnissen entlastet zu werden. Der Rat hat am 13 . Juli 1987 die Modalitäten zur Ausübung solcher Durchführungsbefugnisse im sogenannten „Komitologie-Beschluss"[3)] festgelegt.

Dieser Beschluss wurde am 28. Juni 1999 durch einen neuen Beschluss ersetzt.[4)] Der Begriff „Komitologie" selbst ist ein europäisches Kunstwort und steht für die Grundsätze und Regeln über die Art der Ausübung von Durchführungsbefugnissen, die der Kommission durch einen Rechtsakt des Rates übertragen wurde. In der Wortschöpfung steckt auch eine gewisse Ironie, da die Modalitäten der Übertragung von Durchführungsbefugnissen als „wissenschaftliche Lehre der Ausschüsse" bezeichnet werden. Betroffen von der neuen Regelung sind alle nach Artikel 202 (ex-Artikel 145) EGV eingesetzten rd. 380 Ausschüsse, zu denen auch der **Ausschuss für das Statistische Programm** der Europäischen Gemeinschaft (ASP) zählt.[5)]

Im Folgenden wird die neue „Komitologie-Regelung" und ihre Bedeutung für die europäische Statistik am Beispiel des ASP dargestellt.[6)]

Komitologie-Angelegenheiten

Bei den Aufgaben des ASP wird nach „Komitologie-Angelegenheiten" und „Nicht-Komitologie-Angelegenheiten" unterschieden.

Die „Komitologie-Angelegenheiten" sind in Artikel 4 des „ASP-Ratsbeschlusses" (89/382/EWG/Euratom) definiert: Es sind Aufgaben, die dem Ausschuss durch Bestimmungen des Rates im Bereich der Statistik zugeordnet werden und zwar nach Modalitäten, die – im „Komitologie-Beschluss" (87/373/EWG) festgelegt wurden (jetzt aufgehoben durch den „Komitologie-Beschluss" (1999/468/EG)) –. Für die Zuordnung einer Angelegenheit in dem Bereich der „Komitologie" sind vor allem zwei Kriterien maßgebend:[7)]

1. Die „Komitologie-Angelegenheiten" setzen voraus, dass der Kommission für den entsprechenden Bereich durch einen Rechtsakt des **Rates** Durchführungsbefugnisse übertragen worden sind.

2. Bei „Maßnahmen", die im Rahmen des „Komitologie-Verfahrens" getroffen werden, muss es sich um verbindliche Rechtsakte der **Kommission** handeln.

Für den gesamten Bereich der Statistik hat der Rat insgesamt in 23 Rechtsakten Durchführungsbefugnisse beschlossen und damit die Kommission, vertreten durch EUROSTAT, als Teil der Kommission in unterschiedlichen Ausschussverfahren ein-

Anmerkungen S. 67

Abb. 1 **Komitologieangelegenheiten des Ausschusses für das Statistische Programm der Europäischen Gemeinschaften (ASP)**

Ausschusstyp	Anzahl der vom Rat übertragenen Kompetenzen
beratend (I)	 1
verwaltend (II a) (II b)	 0 16
regelnd (III a) (III b)	 5 1
Zusammen	**23**

Rechtsakt des Rates	Ausschussverfahren
Verordnung (EWG) Nr. 3037/90 des Rates vom 09. Oktober 1990 betreffend die statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft (Abl. L 293/1)	Art. 9: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates vom 19. Dezember 1991 zur Einführung einer Gemeinschaftserhebung über die Produktion von Gütern (Abl. L 374/1)	Art. 10: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EWG) Nr. 696/93 des Rates vom 15. März 1993 betreffend die statistischen Einheiten für die Beobachtung und Analyse der Wirtschaft in der Gemeinschaft (Abl. L 76/1)	Art. 7: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EWG) Nr. 2186/93 des Rates vom 22. Juli 1993 über die innergemeinschaftliche Koordinierung des Aufbaus von Unternehmensregistern für statistische Verwendungszwecke (Abl. L 196/1)	Art. 9: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Entscheidung des Rates (93/464/EWG) vom 22. Juli 1993 über das Rahmenprogramm für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information 1993 – 1997 (Abl. L 219/1)	Art. 6: Regelungsausschuss, Verfahren III b
Verordnung (EG) Nr. 3696/93 des Rates vom 29. Oktober 1993 betreffend die statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Abl. L 342/1)	Art. 6: Verwaltungsausschuss, II b
Entscheidung des Rates (93/704/EG) vom 30. November 1993 über die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (Abl. L 329/63)	Art. 5: beratender Ausschuss, Verfahren I
Entscheidung des Rates (94/808/EG) vom 15. Oktober 1994 über die Annahme eines Entwicklungsprogramms mit vierjähriger Laufzeit (1994 – 1997) für die Umweltkomponente in den gemeinschaftlichen Statistiken (Abl. L 328/58)	Art. 5: Regelungsausschuss, Verfahren III a
Verordnung (EG) Nr. 1172/95 des Rates vom 22. Mai 1995 über die Statistiken des Warenverkehrs der Gemeinschaft und ihrer Mitgliedstaaten mit Drittländern (Abl. L 118/10)	Art. 21: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Abl. L 257/1)	Art. 4: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Richtlinie 95/57/EG des Rates vom 23. November 1995 über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus (Abl. L 291/32)	Art. 12: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EG) Nr. 2744/95 des Rates vom 27. November 1995 zu den Statistiken über Struktur und Verteilung der Verdienste (Abl. L 287/3)	Art. 11: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b Folgeregelung: Verordnung (EG) Nr. 530/99 des Rates: Regelungsausschuss (s. u.)
Richtlinie 95/64/EG des Rates vom 08. Dezember 1995 über die statistische Erfassung des Güter- und Personenseeverkehrs (Abl. L 320/25)	Art. 13: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EG) Nr. 2223/96 des Rates vom 25. Juni 1996 zum Europäischen System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene in der Europäischen Gemeinschaft (Abl. L 310/1)	Art. 4: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EG, Euratom) Nr. 58/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 über die strukturelle Unternehmensstatistik (Abl. L 14/1)	Art. 13: Regelungsausschuss, Verfahren III a
Verordnung (EG) Nr. 23/97 des Rates vom 20. Dezember 1996 zur Statistik über Höhe und Struktur der Arbeitskosten (Abl. L 6/1)	Art. 11: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b Folgeregelung: Verordnung (EG) Nr. 530/99 des Rates: Regelungsausschuss (s. u.)
Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über Gemeinschaftsstatistiken (Abl. L 52/1)	Art. 19: Regelungsausschuss, Verfahren III a
Verordnung (EG) Nr. 448/98 des Rates vom 16. Februar 1998 zur Ergänzung und Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2223/96 hinsichtlich der Aufgliederung der unterstellten Bankgebühr im Rahmen des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen auf nationaler und regionaler Ebene (ESVG) (Abl. L 58/1)	Art. 7: Regelungsausschuss, Verfahren III a
Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates vom 09. März 1998 zur Durchführung einer Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte in der Gemeinschaft (Abl. L 77)	Art. 8: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EG) Nr. 1165/98 des Rates vom 19. Mai 1998 über Konjunkturstatistiken (Abl. L 162/1)	Art. 18: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates vom 25. Mai 1998 über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs (Abl. L 163/1)	Art. 10: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b
Verordnung (EG) Nr. 530/99 des Rates vom 09. März 1999 zur Statistik über die Struktur der Verdienste und der Arbeitskosten (Abl. L 63/6)	Art. 12: Regelungsausschuss, Verfahren III a
Entscheidung des Rates (99/297/EG) vom 26. April 1999 zur Errichtung einer gemeinschaftlichen Infrastruktur für statistische Informationen für die audiovisuelle Industrie, die audiovisuellen Märkte und verbundene Branchen (Abl. L 117/39)	Art. 4: Verwaltungsausschuss, Verfahren II b

gebunden (Abb. 1). Die dazu gehörenden „Maßnahmen“ werden in Form von Kommissionsrechtsakten erlassen. Dabei ist die Kommission verpflichtet, dem ASP im Rahmen der Konsultation den Entwurf des Kommissionsrechtsaktes vorzulegen. Die Art der Konsultation richtet sich nach den Modalitäten, d. h. dem Ausschussverfahren, das der Rat in dem betreffenden Basisrechtsakt für die Ausübung der Durchführungsbefugnisse festgelegt hat. Die Durchführungsbestimmungen zum Harmonisierten Preisindex sind Beispiele für solche „Komitologie-Angelegenheiten“: Durch eine Verordnung des Rates wurden der Kommission die Befugnisse für die erforderlichen Durchführungsmaßnahmen übertragen.[8)] Die Kommission hat dann die Durchführungsbefugnisse wahrgenommen und inzwischen 13 unterschiedliche Durchführungsmaßnahmen in Form von Kommissionsverordnungen dem ASP zur Stellungnahme vorgelegt.[9)]

Die „Nicht-Komitologie-Angelegenheiten“ sind in Artikel 3 des ASP-Ratsbeschlusses (89/382/EWG/Euratom) geregelt. Dazu zählen:

– Maßnahmen, die die Kommission zur Erreichung der in den mehrjährigen statistischen Programmen gesteckten Zielen durchführen will sowie die dafür erforderlichen Mittel und entsprechende Zeitpläne,
– die Entwicklung der mehrjährigen statistischen Programme und
– alle anderen – insbesondere methodologischen – Fragen, die sich mit der Aufstellung oder Durchführung der statistischen Programme ergeben.

Anmerkungen S. 67

Die Stellung des ASP ist in den „Nicht-Komitologie-Angelegenheiten“ vergleichsweise schwach, der Einfluss ist nur gering, wird doch der ASP lediglich gehört.

Anlass der neuen Komitologie

Im Vertrag von Maastricht wurden mit dem neuen Verfahren der Mitentscheidung (Artikel 251 EGV ex-Artikel 189b) neue Gesetzgebungsbefugnisse für das **Europäische Parlament** eingeführt. Für die Durchführungsbefugnisse der Kommission wurde zunächst noch das bisherige Entscheidungssystem der Komitologie nicht angetastet.

Die Reform der Komitologie ging dann auf einen Antrag der Staats- und Regierungschefs aus den Verhandlungen über den Amsterdamer Vertrag zurück. In der 31. Erklärung zur Schlussakte des Amsterdamer Vertrages wurde die Kommission aufgefordert, dem Rat einen Vorschlag zur Änderung des „Komitologie-Beschlusses“ (87/373/EWG) zu unterbreiten[10)]. Dieser Aufforderung ist die Kommission nachgekommen. Der Ratsbeschluss ist seit dem 18. Juli 1999 wirksam.

Ziel der neuen Komitologie ist es, vor allem die Beschlussverfahren zu vereinfachen, Kriterien für die Wahl des Ausschusstyps festzulegen, das Europäische Parlament stärker in das „Komitologie-Verfahren“ einzubeziehen und die Unterrichtung des Europäischen Parlamentes sowie der Öffentlichkeit zu verbessern.

Die neue Komitologie sieht vier Verfahren vor, von denen **drei für die Statistik relevant sind** :

– Beratungsverfahren,
– Verwaltungsverfahren,
– Regelungsverfahren.

Das vierte sogenannte Schutzverfahren bezieht sich ausschließlich auf Schutzmaßnahmen im innergemeinschaftlichen Handel.

Die bisherigen Bezeichnungen wurden übernommen, aber die Abläufe, insbesondere beim Regelungsverfahren, wurden neu geregelt.[11)] Weggefallen sind die früher unterschiedlichen Verfahrensvarianten a und b beim Verwaltungs- und Regelungsausschuss.

Kriterien

Die neue Komitologie legt erstmals Kriterien für die Wahl des Ausschusstyps fest. Damit soll eine größere Kohärenz und Vorhersehbarkeit für die Wahl des Ausschussverfahrens erreicht werden.[12)] Auch wenn in der Begründung des Ratsbeschlusses betont wird, dass es sich „allerdings um unverbindliche Kriterien handelt“, werden sie Maßstab für zukünftige Rechtsakte sein, bei denen Durchführungsbefugnisse an die Kommission unter Einbindung in ein Ausschussverfahren übertragen werden. Entsprechendes gilt, wenn im Zuge der routinemäßigen Überprüfung von Rechtsvorschriften eine Änderung des in einem Basisrechtsakt vorgesehenen Ausschusstyps vorgenommen wird.[13)] Die Kriterien sind nur dann konkret gefasst, wenn sie beispielhaft an Maßnahmen für bestimmte Gemeinschaftspolitiken fest gemacht sind. Allerdings ist diese Aufzählung nicht umfassend. Die übrigen Formulierungen bleiben als unbestimmte Rechtsbegriffe vage.

Verwaltungsverfahren

Auf das Verwaltungsverfahren wird zurückgegriffen bei Maßnahmen, die die Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik oder der gemeinsamen Fischereipolitik betreffen oder zur Durchführung von Programmen mit erheblichen Auswirkungen auf den Haushalt.

Nach dieser Definition wird es zukünftig bei Statistikrechtsakten zu prüfen sein, ob es sich um Programme mit erheblichen Auswirkungen auf den Haushalt handelt. Die praktische Anwendung dieses Kriteriums wird sich als nicht unproblematisch erweisen, da der Rechtsbegriff „erhebliche Auswirkungen" unbestimmt ist. Selbst wenn die Auswirkungen quantifiziert in Euro angegeben wären, würde das in einem konkreten Fall nicht weiterhelfen, denn die Bezugsbasis ist der Gemeinschaftshaushalt. Inwieweit die Haushalte der Mitgliedstaaten betroffen sind, ist für die Auswahl des Ausschussverfahrens nicht relevant. Für den Statistikbereich ist es aber kennzeichnend, dass die Ansätze im Gemeinschaftshaushalt im Vergleich zu den Ansätzen aller Mitgliedstaaten verschwindend klein sind: an operationellen Mitteln steht EUROSTAT 1999 ein Betrag von rd. 90 Mill. Euro zur Verfügung, während allein in Deutschland rd. 400 Mill. Euro für die amtliche Statistik aufgewendet werden.

Regelungsverfahren

Handelt es sich um Maßnahmen von allgemeiner Tragweite, mit denen wesentliche Bestimmungen von Rechtsakten angewendet werden sollen, wie z. B. Maßnahmen zum Schutz der Gesundheit oder Sicherheit von Menschen, Tieren oder Pflanzen, so sollen sie nach dem Regelungsverfahren erlassen werden. Das Regelungsverfahren gilt auch, wenn in dem Basisrechtsakt vorgesehen ist, dass bestimmte nicht wesentliche Bestimmungen des Rechtsaktes im Wege von Durchführungsverfahren angepasst oder aktualisiert werden sollen.

Auch diese Kriterien sind durch unbestimmte Rechtsbegriffe wie „allgemeine Tragweite", „wesentliche Bestimmungen" definiert und es ist fraglich, ob damit der eigentliche Zweck erreicht wird, der durch die Festlegung von Kriterien erreicht werden sollte, nämlich eine größere Kohärenz und Vorhersehbarkeit bei der Verfahrensauswahl. Geht es künftig um die Frage des Ausschusstyps bei statistischen Rechtsakten, wird anhand dieses Kriteriums zu prüfen sein, ob es sich bei der konkreten Statistik um eine Maßnahme von allgemeiner Tragweite handelt.

Beratungsverfahren

Die Komitologie sieht schließlich das Beratungsverfahren vor, falls Verwaltungs- oder Regelungsverfahren nicht erlassen werden. Es wird in allen Fällen angewendet, in denen es als „zweckmäßigstes Verfahren" angesehen wird. Auch diese Definition ist mangels Klarheit wenig befriedigend und sie trägt nicht dazu bei, die Abgrenzungsprobleme bei der Diskussion um das angemessene Ausschussverfahren zu lösen.

Verfahrensablauf

Zur Beschreibung der Ausschussverfahren ist es zweckmäßig, danach zu unterscheiden, ob die Stellungnahme des Ausschusses der Maßnahme zustimmt bzw. ob sie abweicht. Gibt es eine Zustimmung, so ist das Endergebnis bei allen drei Ausschussverfahren identisch: Die Kommission erlässt die Maßnahme.

Beim Beratungsverfahren ist eine Abstimmung optional und sofern sie stattfindet, ist die einfache Mehrheit ausreichend. Beim Verwaltungs- und auch beim Regelungsverfahren gibt der Ausschuss seine Stellungnahme dagegen mit qualifizierter Mehrheit ab, wobei der Vorsitzende – beim ASP ist das der Generaldirektor von EUROSTAT – nicht an der Abstimmung teilnimmt.[14)] Stimmt der Ausschuss in seiner Stellungnahme der vorgelegten Maßnahme nicht zu, dann ist der weitere Ablauf je nach Verfahren unterschiedlich. Die Verfahren sind hier anders als bei der

Anmerkung S. 67

Abb. 2

Ablauf	Ausschusstyp		
	beratend	verwaltend	regelnd
KOM legt Entwurf vor	ja	ja	ja
Ausschuss gibt zustimmende Stellungnahme	ja	ja	ja
Abstimmung	möglich	ja	ja
Mehrheit	einfach	qualifiziert	qualifiziert
KOM erlässt Maßnahme, wenn sie mit Stellungnahme übereinstimmt	ja	ja	ja

Beschreibung der Kriterien nach der abnehmenden Einflussmöglichkeit der Kommission geordnet.

Beratungsverfahren

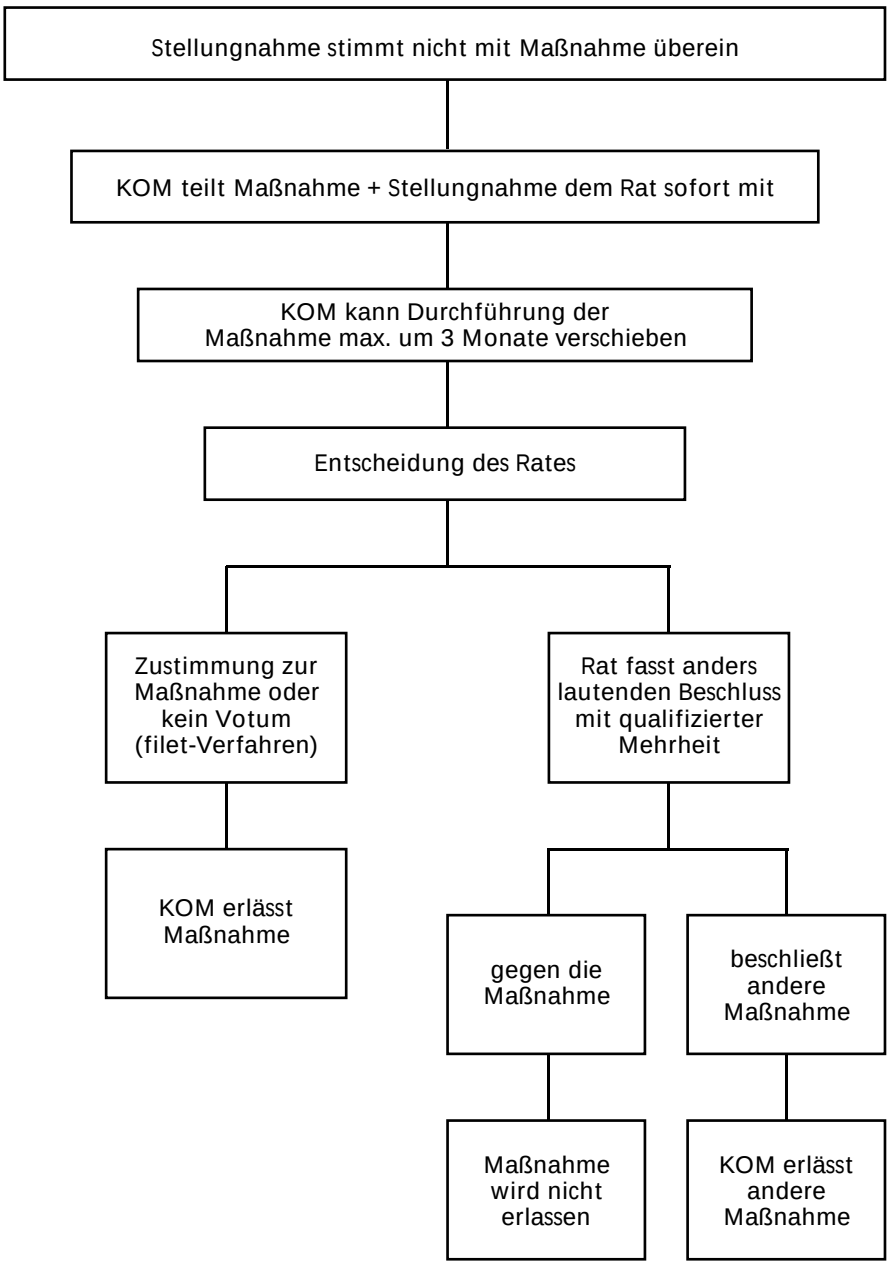
Bei abweichendem Votum wird die Stellungnahme in das Protokoll aufgenommen. Darüber hinaus hat jedes Mitglied das Recht zu verlangen, dass sein Standpunkt im Protokoll festgehalten wird. Die Kommission berücksichtigt so weit wie möglich die Stellungnahme des Ausschusses und sie unterrichtet den Ausschuss darüber, inwieweit sie seine Stellungnahme berücksichtigt hat. Die Stellung der Kommission ist bei diesem Verfahren sehr stark, denn sie kann sich selbst über die Mehrheitsmeinung der Vertreter der Mitgliedstaaten hinwegsetzen. Der Ablauf des Beratungsverfahrens nach der neuen Komitologie entspricht der bisherigen Regelung. Die Kommission hat in der Vergangenheit häufig Entwürfe von Ratsrechtsakten vorgelegt, in dem die Durchführungsbefugnisse der Kommission in ein beratendes Ausschussverfahren eingebunden werden sollten. Im Verlauf des Rechtsetzungsverfahrens hat sich der Rat meistens für den Verwaltungsausschuss und in einigen Fällen für den Regelungssausschuss entschieden (Abb. 1). Lediglich in einem Fall, bei der Einrichtung einer gemeinsamen Datenbank für Straßenverkehrsunfälle, wurde dem ASP die Funktion des beratenden Ausschusses übertragen.[15)] Da EUROSTAT in diesem Bereich aber keine Maßnahmen vorgesehen hat, wurde der ASP bisher nicht als beratender Ausschuss tätig. Insofern hat der beratende Ausschusstyp in der Vergangenheit nur eine nachrangige Rolle gespielt.

Anmerkung S. 67

Verwaltungsverfahren

Gibt der ASP eine ablehnende Stellungnahme als Verwaltungsausschuss ab, dann teilt die Kommission dem Rat sofort die vorgesehene Maßnahme und die abgelehnte Stellungnahme des Ausschusses mit (Abb. 3). Die Kommission kann die Maßnahme um den Zeitraum verschieben, der im Ba-

Abb. 3 Verwaltungsverfahren



sisrechtsakt festgelegt wurde, keinesfalls aber länger als drei Monate nach der Mitteilung. Der Rat kann in diesem Zeitraum einen anders lautenden Beschluss mit qualifizierter Mehrheit fassen. Diese zeitliche Begrenzung dient dazu, eine Blockade des Entscheidungsprozesses zu vermeiden. Im europäischen Sprachgebrauch wird es daher als Netz- oder filet-Verfahren bezeichnet.[16)] Diese Komponente war im Übrigen bereits im Verwaltungsverfahren der alten Komitologie enthalten. Wenn der Rat der vorgelegten Maßnahme jedoch zustimmt oder keinen Beschluss fasst, wird die Maßnahme erlassen. Stimmt der Rat in seinem Beschluss gegen die Maßnahme, dann kann die Maßnahme nicht durchgeführt werden. Beschließt der Rat aber eine andere Maßnahme, so wird diese von der Kommission erlassen. Das neue Verwaltungsverfahren ist ein Mixtum aus beiden Varianten der alten Komitologie. Die bisherige Variante a ließ dem Rat eine Frist von höchstens 1 Monat zur Beschlussfassung. Um diesen Zeitraum konnte die Kommission die Durchführung der Maßnahme verschieben. Bei der Variante b war eine Verschiebung der Maßnahme obligatorisch aber die Frist mit maximal 3 Monaten bemessen. Neu ist, dass die bisherige Variante, die eine obligatorische Verschiebung der Maßnahme vorsah, weggefallen ist, aber der mit dieser Variante verbundene Zeitraum von maximal 3 Monaten als Frist für die Beschlussfassung des Rates als „filet“ in das neue Verwaltungsverfahren übernommen wurde.

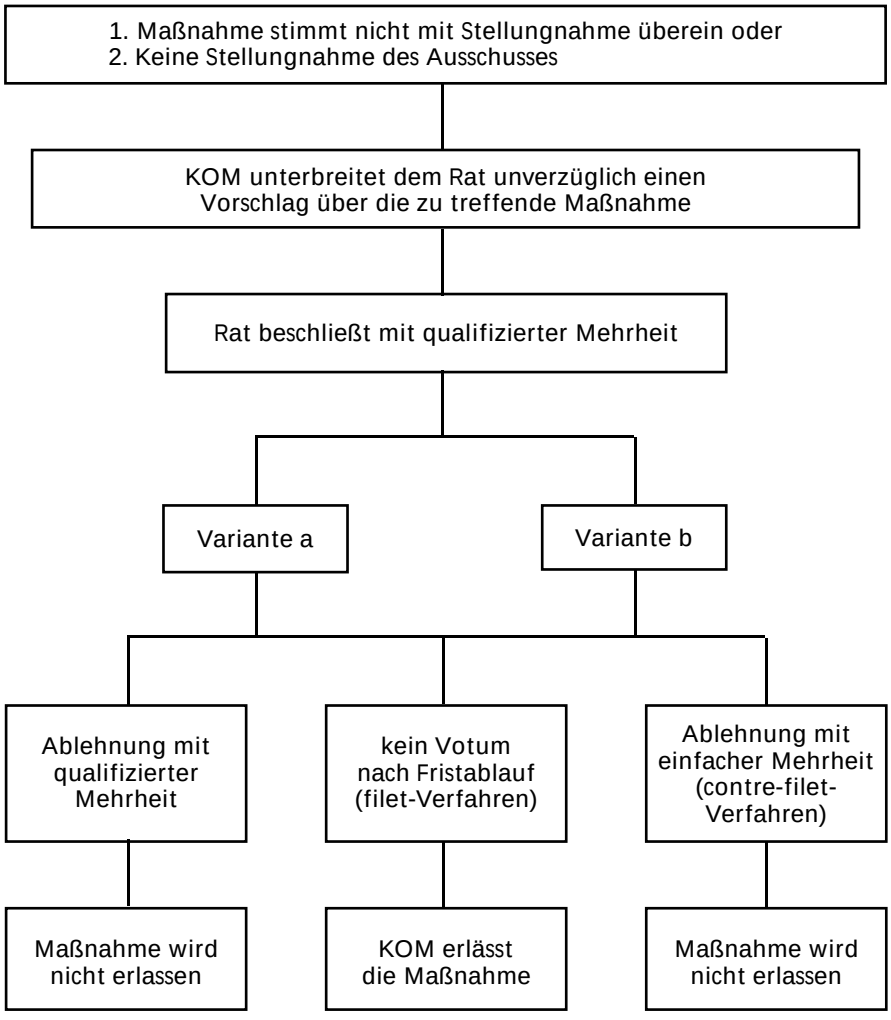
Der Rat hat den ASP für 16 unterschiedliche Aufgaben als Verwaltungsausschuss Variante b (Frist maximal 3 Monate) eingesetzt (Abb. 1). Die Variante a des Verwaltungsausschusses

Anmerkung S. 68

Abb. 4

Ausschusstyp	Anzahl der Verfahren im ASP	Davon		
		Zustimmung	Abstimmung vertagt	Weiterleitung an den Rat
Verwaltungsausschuss Verfahren b	10	6	4	–
Regelungsausschuss Verfahren a	32	23	6	3
Zusammen	**42**	**29**	**10**	**3**

Abb. 5 Altes Regelungsverfahren



(Frist maximal 1 Monat) wurde in keinem Fall dem ASP übertragen.

Als Verwaltungsausschuss ist der ASP insgesamt 10-mal tätig geworden (Abb. 4).

In 6 Fällen stimmte der Ausschuss mit qualifizierter Mehrheit den Maßnahmen zu. In 4 Fällen wurde die Abstimmung vertagt. Hier hatte die Diskussion ergeben, dass noch erhebliche Einwände bestanden und die Vorschläge unter Berücksichtigung der von den Mitgliedstaaten vorgebrachten Argumenten überarbeitet werden mussten. Die geänderten Vorschläge sind später vom ASP mehrheitlich angenommen worden. In einem Fall hat die Kommission ihren Verordnungsentwurf ganz zurückgezogen und die Maßnahme stattdessen als unverbindliche Empfehlung erlassen.[17)]

Regelungsverfahren

Der Verfahrensablauf des Regelungsausschusses wurde grundlegend geändert. Da das Regelungsausschussverfahren bei Statistikrechtsakten häufig praktiziert wurde, soll zunächst das alte Verfahren dargestellt werden (Abb. 5).

Regelungsverfahren nach alter Komitologie

Wenn sich im Ausschuss keine qualifizierte Mehrheit für die beabsichtigten Maßnahmen fand oder keine Stellungnahme abgegeben wurde, dann unterbreitete die Kommission dem Rat unverzüglich einen Vorschlag über die zu treffenden Maßnahmen. Der Rat beschloss mit qualifizierter Mehrheit.

Anmerkung S. 68

Bei der Variante a erließ die Kommission die Maßnahme, wenn der Rat in der vorgesehenen Frist keinen Beschluss gefasst hatte (filet-Verfahren).

Die Variante b sah vor, dass die Kommission die Maßnahme erlassen konnte, wenn sie nicht mit einfacher Mehrheit vom Rat abgelehnt wurde. Die Variante b wurde als Sicherheitsnetz- bzw. als contre-filet-Verfahren[16)] bezeichnet. Es gab dem Rat die Möglichkeit, mit 8 Stimmen einen Kommissionsvorschlag zurückzuweisen und damit die Maßnahme zu blockieren.

Während der Rat für 6 Aufgaben den ASP als Regelungsausschuss der Variante a einsetzte, wurde dem ASP nur ein einziges Mal die Kompetenz nach dem Verfahren b übertragen, und zwar für das Mehrjahresprogramm 1993 – 1997 der europäischen Statistik[18)] (Abb. 1). Der ASP ist aber bei keiner Maßnahme des Mehrjahresprogramms als Regelungsausschuss nach dem Verfahren b tätig geworden. In dieser Verfahrensvariante konnte die Kommission bei ablehnender Ausschussmehrheit ihren Vorschlag nur durchsetzen, sofern sie im Rat die Zustimmung mit qualifizierter Mehrheit erreichte. Andererseits konnte die Kommission ihren Vorschlag im Rat durchbringen, wenn sich im Ausschuss keine qualifizierte Mehrheit gegen den Vorschlag ergeben hatte und sie aber die Sperrminorität im Rat erreichen konnte. Für den Bereich der Statistik sind dies jedoch mehr Überlegungen theoretischer Art.

Die bisherige Praxis hat gezeigt, dass EUROSTAT keinen Konfrontationskurs verfolgt hat. Wenn das Meinungsbild im ASP erhebliche Vorbehalte gegen die Ausgereiftheit des Rechtsaktentwurfs erkennen ließ, hat EUROSTAT den zur Abstimmung vorgesehenen Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung zurückgezogen. Jüngstes Beispiel ist der Entwurf einer Verordnung der Kommission zur Statistik über die Verdienste und Arbeitskosten bezüglich der Qualitätsbewertung, deren Abstimmung auf der 32. Sitzung des ASP im März 1999 und der 33. Sitzung im Mai 1999 vertagt wurde mit dem Ziel, durch weitere Beratungen zu einer Fassung zu kommen, die den Verordnungsentwurf zustimmungsfähig macht.

In der Vergangenheit ist der ASP 32-mal als Regelungsausschuss der Variante a tätig geworden (Abb. 4). In 23 Fällen stimmte seine Stellungnahme mit den Maßnahmen überein. 4-mal wurde die Abstimmung abgesetzt, weil die Diskussion erkennen ließ, dass die Texte noch nicht entscheidungsreif waren und der Überarbeitung bedurften. 3-mal wurde die qualifizierte Mehrheit im Ausschuss nicht erreicht. Aus Zeitgründen war es nicht möglich, die Abstimmung abzusetzen und die Vorlagen erneut an die Expertengruppen zurück zu verweisen, um dort einen konsensfähigen Text zu erreichen. In den strittigen Fällen handelte es sich um Durchführungsbestimmungen zum Harmonisierten Preisindex, mit denen stufenweise weitere Waren und Dienstleistungen in die Berechnungen einbezogen werden sollten. Um den Zeitplan für die Ergänzungen des Erfassungsbereiches (jeweils Dezember 1998 bzw. 1999) einzuhalten, wurden die Vorschläge an den Rat weitergeleitet. Das Abstimmungsergebnis der 3 Maßnahmen im ASP mit jeweils 45, 54 bzw. 57 Ja-Stimmen ließ im Übrigen erkennen, dass sich im Rat auch keine qualifizierte Mehrheit für ein ablehnendes Votum ergeben hätte.

Bei einer Maßnahme wurde dem Rat der Vorschlag als **Kommission** sverordnung vorgelegt, und der Rat hat sie zwischenzeitlich angenommen (Verordnung (EG) Nr. 1688/98 der Kommission vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission hinsichtlich des geografischen und demografischen Erfassungsbereichs des HVPI). Bei den beiden anderen Maßnahmen hat die Kommission auf die Ausübung eigener Durchführungsbefugnisse verzichtet und dem Rat Vorschläge für **Rat**sverordnungen vorgelegt, von denen eine inzwischen erlassen wurde (Verordnung (EG) Nr. 1687/98 des Rates vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission hinsichtlich der Erfassung von Waren und Dienstleistungen im harmonisierten Verbraucherpreisindex). Bei dem zweiten Verordnungsvorschlag geht es um Mindeststandards für die Behandlung der Produkte der Sektoren Gesundheitspflege, Erziehung und Unterricht und Sozialschutz im harmonisierten Verbraucherpreisindex (KOM (99) 377 endg.).

Regelungsverfahren nach neuer Komitologie

Wenn jetzt die Maßnahme nicht mit der Stellungnahme des Ausschusses übereinstimmt oder der Ausschuss keine Stellungnahme abgegeben hat, dann unterbreitet die Kommission dem Rat einen Vorschlag über die zu treffenden Maßnahmen und unterrichtet das Europäische Parlament (Abb. 6). Ist das Europäische Parlament der Auffassung, dass ein Vorschlag, den die Kommission auf der Grundlage eines gemäß Artikel 251 des Vertrages erlassenen Rechtsaktes unterbreitet hat, über die in diesem Rechtsakt vorgesehenen Durchführungsmaßnahmen hinaus geht, so unterrichtet es den Rat über seinen Standpunkt. – Nach Artikel 285 des Vertrages von Amsterdam werden Maßnahmen für die Erstellung der Statistik grundsätzlich nach dem Mitentscheidungsverfahren gemäß Artikel 251 EGV erlassen. – Der Rat kann ggf. in Anbetracht eines solchen etwaigen Standpunktes mit qualifizierter Mehrheit über den Vorschlag befinden. Dies muss innerhalb der Frist erfolgen, die im Basisrechtsakt festgelegt ist und keinesfalls drei Monate vom Zeitpunkt der Befassung des Rats gerechnet überschreiten darf. Auch das neue Regelungsverfahren enthält die Komponente des sogenannten „filet“ zur Vermeidung einer Zeitblockade.

Sofern sich der Rat in der ersten Verfahrensstufe mit qualifizierter Mehrheit gegen den Vorschlag ausgesprochen hat, überprüft die Kommission den Vorschlag. Für das weitere Verfahren der zweiten Stufe stehen drei Wege offen:
- die Kommission kann dem Rat einen geänderten Vorschlag vorlegen,
- sie kann den Vorschlag erneut vorlegen oder
- sie zieht ihren Vorschlag zurück und legt stattdessen einen Vorschlag für einen Rechtsakt vor.

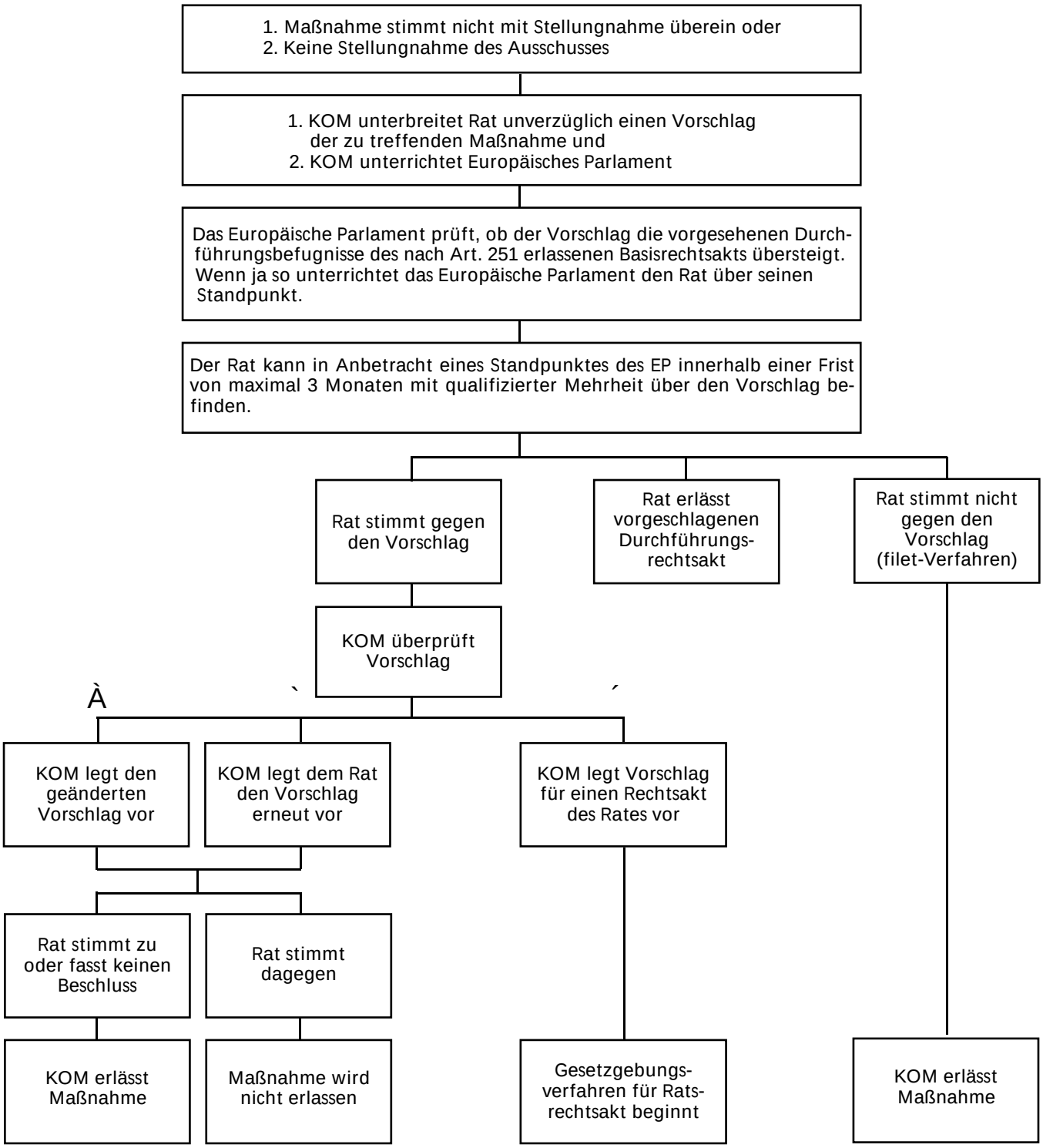
Stimmt der Rat dem Vorschlag zu oder spricht sich nicht gegen den Vorschlag für die Durchführungsmaßnahmen aus, d. h. gegen den geänderten oder den erneut vorgelegten Vorschlag, wird der Durchführungsrechtsakt von der Kommission erlassen. Stimmt der Rat gegen den alten oder den geänderten Vorschlag der Kommission, kann die Maßnahme nicht erlassen werden. Hat die Kommission schließlich von der dritten Möglichkeit Gebrauch gemacht und einen Vorschlag für einen Rechtsakt des Rates vorgelegt, dann wird das Gesetzgebungsverfahren in Gang gesetzt: bei Statistikrechtsakten des Rates das Mitentscheidungsverfahren nach Artikel 251 EGV.

Der Rat kann innerhalb der vorgesehenen Frist von maximal drei Monaten mit qualifizierter Mehrheit dem Vorschlag zustimmen und den Durchführungsrechtsakt erlassen. Das ist dann der Fall, wenn die Kommission einen Vorschlag in einen Ratsrechtsakt vorgelegt hat.

Eine weitere Verfahrensvariante ist, dass sich der Rat innerhalb der Frist nicht gegen den Vorschlag für die Durchführungsmaßnahmen ausspricht. Dann werden die vorgeschlagenen Durchführungsmaßnahmen von der Kommission erlassen (filet-Verfahren).

Das neue Regelungsverfahren unterscheidet sich in wesentlichen Punkten von den beiden aufgehobenen Verfahrensvarianten:
- Es gibt nur noch ein Verfahren aber die Varianten sind vielfältiger.
- Die Abbildungen 5 und 6 zeigen, dass die Verfahrensabläufe nicht einfacher und transparenter geworden sind. Das Gegenteil ist der Fall.
- Das Europäische Parlament wird in das Verfahren eingebunden. Es wird unterrichtet, wenn der Ausschuss die beabsichtigten Maßnahmen ablehnt oder wenn er keine Stellungnahme abgegeben hat.
- Das Europäische Parlament prüft, ob die Maßnahmen über die im Basisrechtsakt (nach Artikel 251 EGV erlassen) vorgesehenen Durchführungsmaßnahmen hin-

Abb. 6 **Neues Regelungsverfahren**



ausgehen. Ist dies der Fall, so unterrichtet das Europäische Parlament den Rat.
- Der nachfolgende Ratsbeschluss wird „in Anbetracht eines solchen etwaigen Standpunktes“ des Europäischen Parlaments gefasst.
- In der ersten Stufe des Verfahrens beschließt der Rat mit qualifizierter Mehrheit. Wird der Vorschlag vom Rat mit qualifizierter Mehrheit abgelehnt, dann muss die Kommission den Vorschlag überprüfen.
- Nach der Überprüfung kann sie in einer zweiten Verfahrensstufe den Vorschlag erneut, geändert oder als dritte Möglichkeit einen Vorschlag für einen Rechtsakt des Rates vorlegen.
- Es liegt nun im Ermessen der **Kommission** , für welche der drei Verfahrensvarianten sie sich entscheidet. Bei der alten Komitologieregelung wurde die Ausschussvariante in dem Basisrechtsakt des Rates festgelegt und damit durch den **Rat** bestimmt.
- Das Regelungsverfahren ist komplizierter geworden und es wird insgesamt länger dauern, wenn sich im Ausschuss keine qualifizierte Mehrheit findet, das Europäische Parlament einen Standpunkt beschließt und der Rat die Maßnahmen mit qualifizierter Mehrheit ablehnt.

In den Regelungsausschüssen benötigt die Kommission eine qualifizierte Mehrheit der Mitgliedstaaten für ihre Gesetzesentwürfe. Anders ausgedrückt genügt für die Ausschussmitglieder eine Sperrminorität von 26 Stimmen, um einen Kommissionsentwurf abzulehnen. Kommt die qualifizierte Mehrheit nicht zu Stande, dann geht die Entscheidung an den Ministerrat. Der Rat benötigt in der ersten und zweiten Stufe eine qualifizierte Mehrheit, um gegen den Vorschlag zu votieren. Umgekehrt reicht der Kommission eine Sperrminderheit im Rat von 26 Stimmen, um ihren Entwurf durchzubringen.

Anpassung der Rechtsetzungsverfahren an die neue Komitologie

Die bislang geübte Praxis für Durchführungsmaßnahmen, eine möglichst breite Zustimmung im ASP zu erhalten, wird wohl auch in Zukunft im Prinzip beibehalten werden, wenn ein Vorschlag der Durchführungsmaßnahmen im Rat erfolgreich angenommen werden soll. In diesem Sinn ist die formelle Erklärung der Kommission zu Artikel 4 (**Verwaltungsausschuss**) des Komitologiebeschlusses zu deuten. [19)] Danach erklärt die Kommission, dass sie stets bestrebt ist, einen befriedigenden Beschluss herbeizuführen, der im Ausschuss eine größtmögliche Unterstützung findet. Die Kommission wird den Standpunkten der Ausschussmitglieder Rechnung tragen und es vermeiden, sich einem im Ausschuss vorherrschenden Standpunkt zur Ablehnung der Zweckmäßigkeit einer Durchführungsmaßnahme entgegenzustellen. Eine entsprechende formelle Erklärung der Kommission gibt es auch zu Artikel 5 (**Regelungsausschuss**). Die Kommission wird im Rahmen der Überprüfung von Vorschlägen für Durchführungsmaßnahmen in besonders empfindlichen Bereichen im Bemühen um eine ausgewogene Lösung vermeiden, sich einen im Rat vorhersehenden Standpunkt zur Ablehnung der Zweckmäßigkeit eine Durchführungsmaßnahme entgegenzustellen.[20)] Beide Erklärungen der Kommission lassen auch zukünftig im ASP positive Abstimmungsergebnisse erwarten. Voraussetzung ist aber, dass bei neuen statistischen Basisrechtsakten die Durchführungsbefugnisse der Kommission in verwaltende oder regelnde Ausschüsse eingebunden werden. Es ist vorgesehen, die zurückgehenden Bestimmungen über die Ausschüsse unverzüglich anzupassen, um diese Bestimmungen mit der neuen Komitologie anzupassen. Der Rat und die Kommission haben in einer gemeinsamen Erklärung [21)] für die Anpassung folgende Regeln aufgestellt:
- das derzeitige Verfahren des beratenden Ausschusses wird zum neuen Beratungsverfahren;
- die Varianten a und b des verwaltenden Ausschusses werden zum neuen Verwaltungsverfahren;
- die Varianten a und b des regelnden Ausschusses werden zum neuen Regelungsausschuss.

Eine Änderung des bisherigen Ausschusstyps sollte entsprechend der Erklärung von Rat und Kommission im Zuge der normalen Überprüfung der Rechtsvorschriften jeweils als Einzelfall auch unter Zugrundelegung der Kriterien der neuen Komitologie erfolgen.

Bei der Überprüfung der statistischen Basisrechtsakte aber auch für künftige Rechtsakte ist es für die Mitgliedstaaten wichtig, dass der ASP weiterhin überwiegend als Regelungsausschuss oder mindestens als Verwaltungsausschuss entscheiden kann. Nur diese Verfahren ermöglichen den Mitgliedstaaten ein ausreichendes Maß an Mitspracherechten. Der Bundesrat hat im Bereich der Statistik mehrfach gefor-

Anmerkungen S. 68

dert, dass der ASP bei Statistikmaßnahmen von erheblicher finanzieller Tragweite und erheblichen Belastungen als Regelungsausschuss einzusetzen ist und er hält es in seinem Beschluss über die neue Komitologieregelung für unerlässlich, in solchen Fällen auch künftig das Regelungsverfahren vorzusehen. [22)] Zu berücksichtigen ist bei der Wahl des Ausschusstyps, dass die statistischen Rechtsakte mit dem Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 01. Mai 1999 grundsätzlich nach dem Verfahren der Mitentscheidung (Artikel 251 ex 189 b EGV) erlassen werden, das die Rechtsetzungsbefugnisse des Europäischen Parlaments weiter gestärkt hat. Da das Europäische Parlament nach der neuen Komitologie nur bei dem Verfahren des Regelungsausschusses eingebunden ist, spricht vieles dafür, dieses Verfahren bei wichtigen statistischen Basisrechtsakten anzuwenden. Die disziplinierende Hürde bei dem Regelungsverfahren wie auch bei dem Verwaltungsverfahren, im Ausschuss eine qualifizierte Mehrheit erreichen zu müssen, und der durch die Erklärungen der Kommission festgelegte Verhaltenskodex für beide Ausschussverfahren dürften künftig verhindern, dass die Kommission Vorschläge zu statistischen Durchführungsmaßnahmen vorlegt, die nicht weitgehend konsensfähig sind. Als Beratungsausschuss können die Mitgliedstaaten im ASP dagegen nichts bewirken, selbst dann nicht, wenn die Vorschläge der Kommission mehrheitlich abgelehnt werden.

Anmerkungen

1) Verordnung (EG) Nr. 322/97 des Rates vom 17. Februar 1997 über die Gemeinschaftsstatistiken (Abl. L 52/1) , 2. Erwägungsgrund
2) Art. 202 EGV
3) (87/373/EWG) Beschluss des Rates vom 13. Juli 1987 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse (Abl. L 97/33)
4) (1999/468/EG) Beschluss des Rates vom 28. Juni 1999 zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse (Abl. L 184/23)
5) Der ASP wurde durch Beschluss des Rates vom 19. Juni 1989 (89/382/EWG/Euratom) zur Unterstützung der Kommission bei der allgemeinen Koordinierung der mehrjährigen statistischen Programme eingesetzt.
6) Neben dem ASP ist z. B. auch der Ständige Ausschuss für Agrarstatistik (Beschluss des Rates vom 31. Juli 1972 zur Einsetzung eines Ständigen Agrarstatistischen Ausschusses (72/279/EWG) (Abl. L 179/1) in das Komitologieverfahren eingebunden.
7) EUROSTAT Referat für Rechtsangelegenheiten: Komitologie für Nicht-Juristen (DE/OS/98/36740000.W00/EN) unveröffentlichte interne Arbeitsunterlage
8) Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates vom 23. Oktober 1995 über harmonisierte Verbraucherpreisindizes (Abl. L 257)
9) Verordnung (EG) der Kommission mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für die Behandlung der Produkte der Sektoren Erziehung und Unterricht, Gesundheitspflege und Sozialschutz im Harmonisierten Verbraucherpreisindex
Verordnung (EG) Nr. 1749/99 der Kommission vom 23. Juli 1999 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 2214/96 der Kommission über die Übermittlung und Verbreitung von Teilindizes des HVPI (Abl. L 214/1)
Verordnung (EG) Nr. 1617/99 der Kommission vom 23. Juli 1999 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2794/95 des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für die Behandlung von Versicherungen im HVPI (Abl. L 192/9)
Verordnung (EG) Nr. 2646/98 der Kommission vom 09. Dezember 1998 mit Durchführungsbestimmungen zu der Verordnung (EG) Nr. 2794/95 des Rates im Hinblick auf Mindeststandards für die Behandlung von Tarifen im Harmonisierten Verbraucherpreisindex (Abl. L 335/30)
Verordnung (EG) Nr. 1688/98 der Kommission vom 20. Juli 1998 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission hinsichtlich des geografischen und demografischen Erfassungsbereichs des HVPI (Abl. L 214/23)
Verordnung (EG) der Kommission zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 09. September 1996 über den Erfassungsbereich des HVPI
Verordnung (EG) Nr. 2454/97 der Kommission vom 10. Dezember 1997 über Mindeststandards für die Qualität der HVPI-Gewichte (Abl. L 340/24)
Verordnung (EG) Nr. 2214/96 der Kommission vom 20. November 1996 über die Übermittlung und Verbreitung von Teilindizes des HVPI (Abl. L 296/8)
Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 09. September 1996 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über Harmonisierte Verbraucherpreisindizes: Behandlung von signifikant gewordenen Waren und Dienstleistungen (Abl. L 229/3)
Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 09. September 1996 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über Harmonisierte Verbraucherpreisindizes: Anfänglicher Erfassungsbereich für Waren und Dienstleistungen in den HVPIs (Abl. L 229/3)
Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 09. September 1996 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über Harmonisierte Verbraucherpreisindizes: Mindeststandards für Qualitätsanpassungsverfahren (Abl. L 229/3)
Entwurf einer Verordnung (EG) der Kommission über Harmonisierte Verbraucherpreisindizes: Mindeststandards für die Preisermittlung im Rahmen der HVPIs
Verordnung (EG) Nr. 1749/96 der Kommission vom 09. September 1996 über anfängliche Maßnahmen zur Umsetzung der Verordnung (EG) Nr. 2494/95 des Rates über Harmonisierte Verbraucherpreisindizes: Preisindizes für Elementaraggregate (Abl. L 229/3)
10) Hrsg.: Läufer, Thomas: „Vertrag von Amsterdam", Texte des EU-Vertrages und des EG-Vertrages, Bonn 1998, S. 305ff.
11) In der alten Komitologie waren die Ausschussverfahren mit römischen Ziffern und die Varianten mit a und b bezeichnet. Im allgemeinen Sprachgebrauch wurden die Ausschusstypen aber üblicherweise als beratender Ausschuss I, Verwaltungsausschuss IIa oder IIb bzw. Regelungsausschuss IIIa oder IIIb bezeichnet.
12) (1999/468/EG) 5. Erwägungsgrund
13) Erklärung zum Beschluss (1999/468/EG) des Rates vom 28. Juni 1999, 2. Erklärung des Rates und der Kommission (Abl. C 203/1)
14) Die Regeln für die Abstimmung im Ausschuss entsprechen denen der Beschlussfassung des Rates, nach Artikel 205 (ex-Art. 148) EGV. Bei der einfachen Mehrheit genügen 8 Stimmen. Eine Stimmenwägung erfolgt nicht. Die Stimmenthaltung wirkt wie eine Gegenstimme. Bei qualifizierter Mehrheit werden die Stimmen der Mitgliedstaaten wie folgt gewogen: Belgien 5, Dänemark 3, Deutschland 10, Griechenland 5, Österreich 4, Spanien 8, Vereinigtes Königreich 10, Irland 3, Italien 10, Luxemburg 2, Niederlande 5, Finnland 3, Portugal 5, Frankreich 10. Für die qualifizierte Mehrheit sind 62 der 87 Stimmen erforderlich.
15) Entscheidung des Rates (93/704/EG) vom 30. November 1993 über die Einrichtung einer gemeinschaftlichen Datenbank über Straßenverkehrsunfälle (Abl. L 392/63)

16) Meng, Werner: Die Neuregelung der EG-Verwaltungsausschüsse, Streit um die 'Komitologie', Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht, Heft 2/48 (1988), S. 211
Demmke, Christoph u.a.: The History of Comitology in: Shaping European Law and Policy,
Hrsg.: Pendler, R.H. and Schaefer G.F., European Institute of Public Administration, Maastricht 1996
17) Empfehlung der Kommission vom 08. Februar 1996 betreffend eine gemeinsame Aggregation für Wirtschaftsanalyse (96/162/EG) (Abl. L 38/20)
18) Artikel 6 der Entscheidung des Rates vom 22. Juli 1993 über das Rahmenprogramm für prioritäre Maßnahmen im Bereich der statistischen Information 1993 – 1997 (93/464/EWG) (Abl. L 291/1)
19) Erklärung zum Beschluss (1999/468/EG) des Rates vom 28. Juni 1999, 1. Erklärung der Kommission (Abl. C 203/1)
20) Erklärung zum Beschluss (1999/468/EG) des Rates vom 28. Juni 1999, 3. Erklärung der Kommission (Abl. C 203/1)
21) Erklärung zum Beschluss (1999/468/EG) des Rates vom 28. Juni 1999, 2. Erklärung der Kommission (Abl. C 203/1)
22) Beschluss des Bundesrates Drs. 744/98 über den Vorschlag für einen Beschluss des Rates zur Festlegung der Modalitäten für die Ausübung der der Kommission übertragenen Durchführungsbefugnisse ■

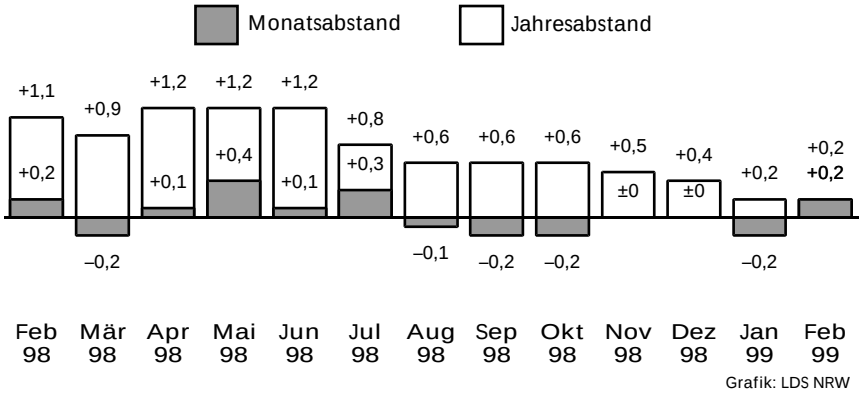
Preisindex für die Lebenshaltung im Februar 1999

Die Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte in Nordrhein-Westfalen waren im Februar 1999 um 0,2 % höher als im Januar und ebenfalls um 0,2 % höher als im Februar 1998. Der „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ erreichte einen Stand von 104,4 Punkten; im Januar 1999 und im Februar 1998 waren es jeweils 104,2 Punkte gewesen. Die Angaben beziehen sich auf das **neue Basisjahr 1995** , auf das die Statistiker ihre Indexberechnungen umgestellt haben. Bislang war der Preisindex für die Basis 1991=100 berechnet worden.

Umstellungen auf ein neues Basisjahr werden von Zeit zu Zeit erforderlich, um die Auswahl der Güter und Dienstleistungen für die Preisbeobachtung, den „Warenkorb“, an Änderungen der Verbrauchsgewohnheiten anzupassen. Der neue Warenkorb auf der Basis 1995=100 repräsentiert die Ausgaben- und Verbrauchsstruktur der privaten Haushalte im Jahre 1995. Gleichzeitig mit dem neuen Referenzjahr wird eine neue internationale Klassifikation der Verbraucherpreise eingeführt, die die bisherige nationale Systematik ablöst.

In Zukunft wird das Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik in seinen monatlichen Preisindex-Mitteilungen auch den jeweils aktuellsten Stand des „harmonisierten europäischen Verbraucherpreisindexes“ veröffentlichen, um Vergleiche zur Preisentwicklung im Gebiet der Europäischen Währungsunion zu ermöglichen.

Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW
– Veränderungen in Prozent –



Grafik: LDS NRW

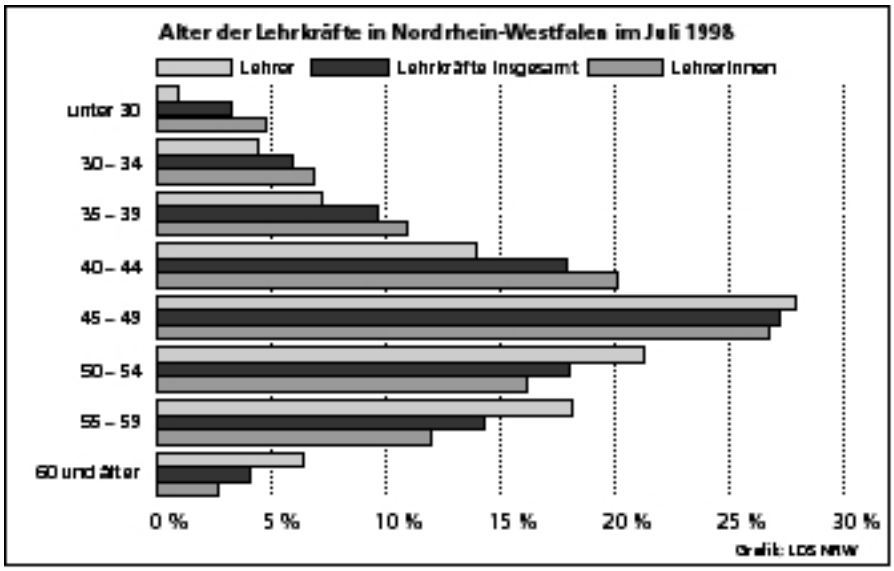
Preise für Dienstleistungen im Jahre 1998

Dienstleistungen haben sich im letzten Jahr in Nordrhein-Westfalen stärker verteuert als andere Waren für die Lebenshaltung der privaten Haushalte. So waren Unterrichtsleistungen (z. B. Tanzschule, Volkshochschule, Kindergarten) im Schnitt um 5,0 % teurer als 1997, und die Preise für Verkehrsleistungen (Bus, Bahn, Taxi, Möbeltransport) stiegen um 3,3 % an. Insgesamt hatte sich dagegen der „Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte“ in NRW nur um 0,8 % erhöht, die niedrigste Steigerungsrate seit 1987.

Friseurleistungen waren 1998 im Durchschnitt um 2,6 % und Dienstleistungen der Krankenhäuser um 2,4 % teurer als 1997. Für Speisen und Getränke in Hotels, Gaststätten und Kantinen musste 2,3 % mehr gezahlt werden, und die Preise für Änderungen und Reparaturen von Kleidungsstücken und Schuhen erhöhten sich um 2,2 %.

Altersstruktur der Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen im Juli 1998

Von den über 147 000 hauptamtlichen / hauptberuflichen Lehrerinnen und Lehrern an den allgemeinbildenden Schulen in Nordrhein-Westfalen hatte Mitte letzten Jahres mehr als ein Drittel (36,2 %) den 50. Geburtstag schon hinter sich, und weitere 27,2 %waren 45 bis 49 Jahre alt. Auf die Gruppe der 40- bis 44-jährigen entfiel ein Anteil von 17,9 %. Nur jede zehnte Lehrkraft (9,5 %) war zwischen 35 und 39 Jahre alt, und nur jede elfte (9,2 %) lag unter der 35-Jahre-Grenze. Noch vor 15 Jahren war mehr als ein Viertel (26,1 %) der Lehrerinnen und Lehrer in NRW zwischen 30 und 34 Jahre alt und nur etwa jede siebte Lehrkraft war fünfzig Jahre oder älter.



Das Durchschnittsalter der Lehrerinnen lag bei 45 Jahren und fünf Monaten, das ihrer männlichen Kollegen bei 48 Jahren und sieben Monaten; insgesamt ergibt sich damit im Mittel ein Alter von 46 Jahren und sieben Monaten. An den Hauptschulen ist das Durchschnittsalter der Lehrkräfte mit 48 Jahren und sieben Monaten am höchsten. Gymnasiallehrerinnen und -lehrer sind im Schnitt 48 Jahre und einen Monat alt, während ihre Kolleginnen und Kollegen an Gesamtschulen mit 43 Jahren und sechs Monaten deutlich jünger sind.

Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes im vierten Vierteljahr 1998

Die Auftragseingänge des nordrhein-westfälischen Bauhauptgewerbes lagen im vierten Quartal 1998 um 3,0 % unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahresquartals. Dabei konnte die positive Entwicklung im Tiefbau (+3,7 %) die Rückgänge im Hochbau (–7,5 %) nicht kompensieren.

Innerhalb des Hochbaus lag die Nachfrage in allen Sparten unter dem Ergebnis des vierten Quartals 1997: Im öffentlichen Hochbau (–22,2 %) und im Wohnungsbau (–11,9 %) sank die Baunachfrage deutlich, im gewerblichen und industriellen Hochbau (–0,6 %) konnte das Vorjahresergebnis fast bestätigt werden. Im Bereich des Tiefbaus sanken die Auftragseingänge im gewerblichen und industriellen Tiefbau um 2,3 %. Eine gestiegene Baunachfrage konnte dagegen sowohl im Straßenbau (+4 %) als auch im sonstigen öffentlichen Tiefbau (+12,0 %) erzielt werden.

Ausstattung der Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern im Januar 1998

Die Ausstattung privater Haushalte mit langlebigen Gebrauchsgütern hat sich in Nordrhein-Westfalen weiter verbessert. So waren Anfang 1998 Videorecorder bereits in zwei Dritteln (68 %) der rund acht Millionen Haushalte in NRW vorhanden; fünf Jahre zuvor hatte nur jeder sechste Haushalt (16 %) über ein solches Gerät verfügt.

Mit Fernsehgeräten und stationären Telefonen waren 1998 nahezu alle Haushalte ausgestattet (97 % bzw. 98 %), und schon 12 % verfügten über ein Handy oder ein Autotelefon.

Unter den Gütern für die Haushaltsführung hat das Mikrowellengerät in den letzten Jahren besonders stark an Bedeutung gewonnen: Vor zehn Jahren erst in 12 % der Haushalte vorhanden, konnte es 1993 seinen Anteil auf 44 % erhöhen und wurde 1998 bereits in 58 von 100 Haushalten genutzt.

Im Hinblick auf Kühlschränke (99 %) und Waschmaschinen (93 %) kann fast von einer Vollversorgung der NRW-Haushalte gesprochen werden. Noch nicht so häufig sind Geschirrspülmaschinen (46,8 %) und Wäschetrockner (35,5 %) anzutreffen.

Die Resultate stammen aus der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998“, an der sich in NRW mehr als 14 000 Privathaushalte beteiligten. Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass Haushalte mit mehr als 35 000 DM Monatseinkommen in die Untersuchung nicht einbezogen waren.

Auftragseingänge in der Industrie im Januar 1999

Die Auftragseingänge im nordrhein-westfälischen Verarbeitenden Gewerbe waren im Januar 1999 preisbereinigt um 6 % niedriger als im Januar 1998. Dabei gingen die Aufträge aus dem Ausland um 7 %, die Inlandsbestellungen um 6 % zurück.

Veränderung der Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe im Januar 1999 im Vergleich zum Januar 1998

Produzenten von ...	Insgesamt	Inland	Ausland
	%		
Vorleistungsgütern	–10	–10	–10
Investitionsgütern	– 2	+ 0	– 4
Gebrauchsgütern	–11	–10	–15
Verbrauchsgütern	– 3	– 2	– 4
Insgesamt	**– 6**	**– 6**	**– 7**

Wie die Tabelle zeigt, waren von dem Nachfragerückgang sowohl die Inlandsbestellungen als auch die Auslandsbestellungen betroffen. Die stärksten Einbußen mussten die Produzenten von Vorleistungsgütern (–10 %) und Gebrauchsgütern (–11 %) hinnehmen. Im Bereich Verbrauchsgüter ging die Nachfrage um 3 %, im Investitionsgüterbereich um 2 % zurück. Die Abschwächung im Investitionsgüterbereich basiert jedoch ausschließlich auf einer rückläufigen Auslandsnachfrage (–4 %), während die Inlandsnachfrage sich auf dem Vorjahresniveau behaupten konnte.

Bruttoinlandsprodukt 1998

Das Bruttoinlandsprodukt Nordrhein-Westfalens, das ist der Wert aller im Lande produzierten Waren und Dienstleistungen, erreichte 1998 eine Summe von rd. 830 Milliarden DM. Damit war es nominal um 3,4 % und real, d. h. von Preiseinflüssen bereinigt, um 2,0 % höher als 1997. Die wirtschaftliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens stellte sich somit 1998 weiter verbessert dar: 1997 war das Bruttoinlandsprodukt gegenüber 1996 nominal um 2,6 % und real um 1,8 % gestiegen.

Das Wirtschaftswachstum ging mit einer Erhöhung der Erwerbstätigenzahl um 0,7 % einher. Dadurch stieg die Arbeitsproduktivität, die sich im realen Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen ausdrückt, um 1,3 %. Jeder Erwerbstätige erwirtschaftete durchschnittlich ein (nominales) Bruttoinlandsprodukt von 115 500 DM.

Die Daten zum Bruttoinlandsprodukt beruhen auf einer vorläufigen Berechnung des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“.

Veränderung des Bruttoinlandsprodukts 1998*)

Bundesland	Veränderungsrate gegenüber 1997	
	nominal (in jeweiligen Preisen)	real (in Preisen von 1991)
	%	
Baden-Württemberg	+5,2	+4,1
Bayern	+4,5	+3,4
Berlin	+0,9	–0,2
Berlin (West)	+0,7	–0,5
Berlin (Ost)	+1,6	+1,0
Brandenburg	+3,1	+3,2
Bremen	+4,4	+3,4
Hamburg	+3,6	+2,8
Hessen	+4,0	+3,3
Mecklenburg-Vorpommern	+0,5	+0,2
Niedersachsen	+5,0	+4,0
Nordrhein-Westfalen	+3,4	+2,0
Rheinland-Pfalz	+3,5	+2,2
Saarland	+4,4	+2,5
Sachsen	+1,5	+1,7
Sachsen-Anhalt	+2,3	+3,0
Schleswig-Holstein	+2,4	+1,3
Thüringen	+2,3	+2,6
Deutschland	**+3,8**	**+2,8**
alte Bundesländer	+4,0	+2,9
neue Bundesländer	+1,9	+2,1

*) Schätzungen des „Arbeitskreises Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

Insolvenzen von Unternehmen im vierten Vierteljahr 1998

Die nordrhein-westfälischen Amtsgerichte meldeten im vierten Quartal letzten Jahres 1 568 Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens. Die Zahl der Insolvenzen blieb damit im Vergleich zum vierten Quartal 1997 (1 572 Anträge) praktisch unverändert. Rund vier Fünftel der Fälle betrafen Unternehmen (–4,0 % auf 1 252). Bei den übrigen Gemeinschuldnern handelte es sich um Privatpersonen und Nachlässe (+17,9 % auf 316 Fälle).

Für das ganze Jahr 1998 ermittelten die Statistiker 5 182 Insolvenzen von Unternehmen, 3,5 % weniger als 1997, und 1 244 (+20,3 %) zahlungsunfähige Privatpersonen und Nachlässe. Insgesamt ergaben sich damit 6 426 (+0,4 %) Anträge auf Eröffnung eines Konkurs- oder Vergleichsverfahrens.

Die Veränderungsraten sind, Informationen aus den Gerichten zufolge, mit Vorbehalten zu betrachten: Auffällig viele Meldungen sind in den letzten Tagen des vergangenen Jahres erfolgt. Dies deutet darauf hin, dass sich das Inkrafttreten der neuen Insolvenzordnung zum 1. Januar 1999 auf den Meldezeitpunkt – möglicherweise auch auf die Bearbeitung – ausgewirkt hat.

Die neue Insolvenzordnung löst in den alten Bundesländern die Konkurs- und Vergleichsordnungen, in den neuen Bundesländern die Gesamtvollstreckungsordnung ab. Mit Ausnahme der Kleingewerbetreibenden gelten für den bisher erfassten Kreis von Konkurs- und Vergleichsschuldnern nunmehr die Vorschriften für das Regelinsolvenzverfahren, wobei der Vergleich durch die Insolvenzplanregelung ersetzt wird. Neu ist das Verbraucherinsolvenzverfahren. Es ist für Kleingewerbetreibende und Privatpersonen vorgesehen. Altfälle werden noch nach dem bisherigen Recht behandelt.

Dipl.-Volkswirt Peter Knoche, Statistisches Bundesamt
Dipl.-Volkswirtin Sibylle von Oppeln-Bronikowski, Statistisches Bundesamt
Dr. Diemar Kühn, Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen

Marketingkonzept der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder *)

1. Von der Input- zur Outputorientierung

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wollen ihre gemeinschaftliche Rolle als einer der bedeutendsten Informationsanbieter unserer Gesellschaft stärker als bisher wahrnehmen und nach außen verdeutlichen. In einer Gesellschaft, in der die Bereitstellung von und der Zugang zu relevanten Informationen und Beratungskompetenz immer mehr gefragt sind, ist eine zeitgemäße und kundenorientierte Verbreitung und Vermarktung statistischer Produkte und Dienstleistungen für die statistischen Ämter wichtiger denn je. Die amtliche Statistik will in Zukunft der Öffentlichkeit ihre Leistungsfähigkeit geschlossener und offensiver präsentieren und sich dadurch in stärkerem Maße als bedeutender, kompetenter und zuverlässiger Informationsanbieter profilieren. Datengewinnung, -verarbeitung und -verbreitung werden mehr auf ihre Kunden ausgerichtet. Dieser Wandel hin zur Orientierung am Output, an der bedarfsgerecht erstellten und präsentierten Leistung, muss schnell, planmäßig und konsequent und zwischen allen statistischen Ämtern einvernehmlich, abgestimmt und koordiniert erfolgen.

Dies sind einige ausgewählte Kernaussagen des Eingangskapitels „Ausgangssituation und Ziele" des neuen Marketingkonzeptes der amtlichen Statistik, das von den Leitern der statistischen Ämter im Mai dieses Jahres verabschiedet wurde. Angestoßen wurde diese Neuorientierung insbesondere vom Statistischen Beirat, der in seinem 1996 beschlossenen „Rahmenkonzept zur Neuordnung der amtlichen Statistik" Vorschläge zur Weiterentwicklung der statistischen Ämter zu Serviceeinrichtungen unterbreitet hat[1)]. Vor diesem Hintergrund wurde von den Leitern der statistischen Ämter ein Ausschuss „Marketing" eingerichtet, der auf seiner konstituierenden Sitzung Ende 1997 für seine Arbeit folgende prioritäre Zielsetzungen festlegte:

- Verankerung der Kundenorientierung in allen statistischen Ämtern,
- Profilierung als kompetenter Informationsdienstleister,
- Schaffung neuer Märkte und Absatzchancen, auch durch Antizipation der Kundenwünsche und
- Konsistenz der Produkte, Dienstleistungen und Preissysteme.

Auf der Basis dieser Ziele wurde gleichzeitig die Erstellung eines Marketingkonzepts beschlossen; mit der Ausarbeitung wurden die beiden Bund-Länder-Arbeitskreise „Produkte, Dienstleistungen und Vermarktung" und „Medien, Öffentlichkeitsarbeit, Marktanalysen" beauftragt. Zweck dieses Aufsatzes ist es, die wesentlichen Elemente dieses Konzeptes darzustellen.

2. Inhalt des Marketingkonzeptes

Das Konzept enthält als Grundlage für das neue Leistungsprofil ein Regelwerk, das neben dem bereits erwähnten Eingangskapitel folgende Bereiche umfasst:

- Konzeption einer zukunftsorientierten Vermarktung,
- Klärung rechtlicher Fragen (Copyright),
- Systematisierung der Nutzer des statistischen Informationsangebotes,
- Ausgestaltung der Informationsangebote,
- Preis- und Rabattsystem,
- Lizenzmodell.

Ausgerichtet an den Interessen der Nutzer der amtlichen Statistik und in Übereinstimmung mit dem föderalen Aufbau und der Arbeitsteilung zwischen den statistischen Ämtern wird bei den einzelnen Themenbereichen bewusst zwischen Vereinbarungen, Leitlinien und der Möglichkeit hausspezifischer Regelungen unterschieden. Damit kann die Notwendigkeit von einheitlichen Regeln auf der einen Seite mit flexiblem Handeln auf der anderen Seite verbunden werden. Vereinbarungen sind für die Ämter verbindlich. Leitlinien sind dagegen Soll-Bestimmungen, von deren Anwendung bzw. Befolgung die statistischen Ämter nur in begründeten Fällen abweichen sollen.

3. Konzeption einer zukunftsorientierten Vermarktung

3.1 Das Marketing-Modell

Seit einigen Jahren sind in vielen Ländern neue, sehr dynamische Marktentwicklungen bei statistischen Produkten und Dienstleistungen zu beobachten. Zum einen ist die Nachfrage nach statistischen Produkten und Informationsdienstleistungen generell angestiegen und geht heute von vielen verschiedenen Nutzergruppen aus, zum anderen ist auch die Palette der angebotenen Produkte sehr viel umfangreicher und anspruchsvoller als in früheren Jahren. Neben den herkömmlichen Print-Publikationen werden weitere Produkte über moderne Verbrei-

*) Der vorliegende Aufsatz wurde bereits veröffentlicht in „Wirtschaft und Statistik", Heft 7/1999, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

1) Siehe „Neuordnung der amtlichen Statistik" in WiSta 4/1996, S.220ff.

tungsmedien nachgefragt. Schwierigere Marktbedingungen ergeben sich aus der zunehmenden Erwartung der Kunden im Hinblick auf eine individuelle Bearbeitung ihrer Informationswünsche. Diese Entwicklung entspricht einem allgemeinen Trend, der sich nicht nur auf den Konsumgüter-, sondern vor allem auch auf den Dienstleistungsmärkten durchgesetzt hat. Nur mit einer nachhaltigen Kunden- bzw. Marktorientierung kann eine hohe Kundenbindung und letztlich die gewünschte Akzeptanz erzielt werden. Dazu kommt, dass der internationale Markt zunehmend wichtiger wird und damit auch die Nachfrage nach mehrsprachigen Angeboten steigt.

Der in den letzten Jahren aufgrund von Budgetrestriktionen intensiver verfolgte ressourcenorientierte Ansatz der Konzentration auf Kernaufgaben und -kompetenzen steht in einem gewissen Spannungsfeld zu den oben beschriebenen Ansprüchen einer zunehmend dynamischen Umwelt. Das traditionell output-orientierte Marketing kann in dieser Situation wichtige Impulse zur Verbindung beider Perspektiven liefern. Es kann eingesetzt werden als Mittel der Ressourcensteuerung und für die Schaffung neuer finanzieller Spielräume.

Zur Umsetzung einer „output-orientierten" Strategie wurde von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder Einvernehmen über ein Marketing-Modell erzielt. Ausgehend von dem gesetzlichen Auftrag zur Veröffentlichung statistischer Daten und dem Ziel, statistische Informationen optimal den verschiedenen Nutzer-/Kundengruppen vermitteln zu können, strukturiert es die Nachfrage nach statistischen Informationen und deren Angebot so, dass folgende drei Segmente unterschieden werden können, mit denen jeweils bestimmte Zielsetzungen verbunden werden:

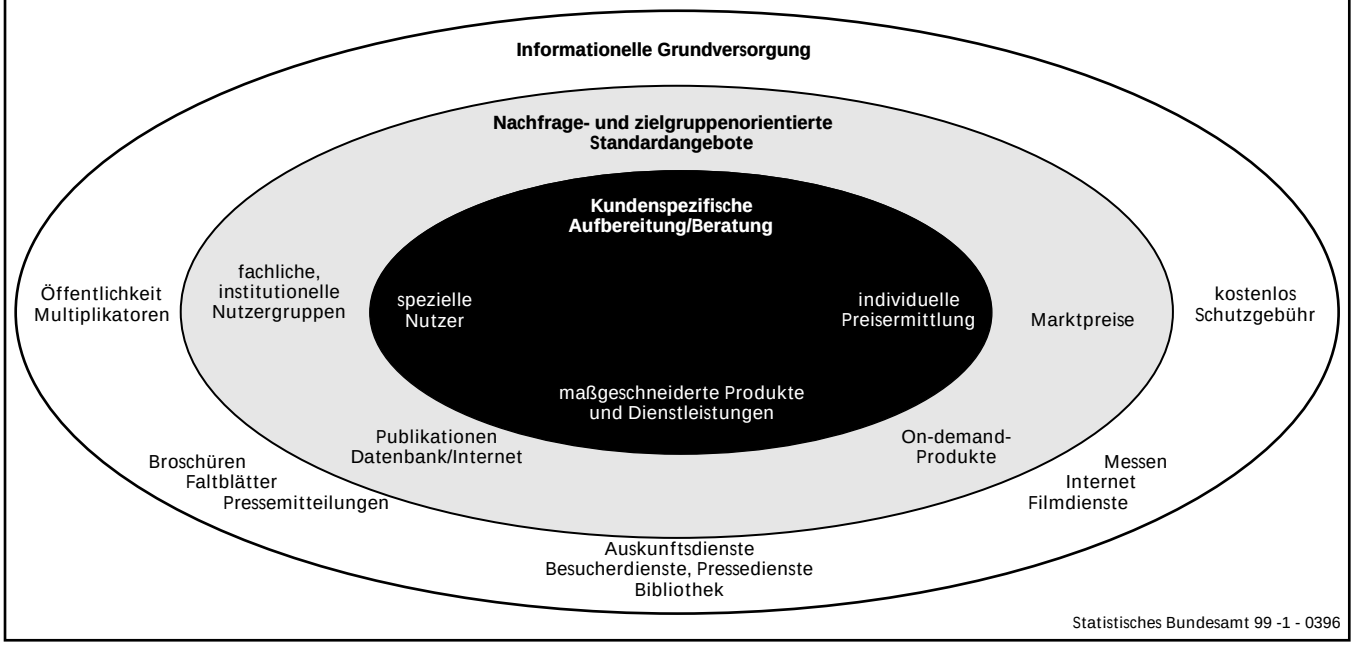
- Informationelle Grundversorgung als kostenloses Grundangebot
- Nachfrage- und zielgruppenorientierte Standardangebote
- Kundenspezifische Aufbereitung/ Beratung

Dieses – hier auch graphisch dargestellte – Modell hat sich als Bezugsrahmen bewährt und wird inzwischen auch im europäischen Ausland zunehmend als Grundlage für Überlegungen zur Verbreitung statistischer Informationen genutzt.

3.2 Die Marketing-Leitlinien

Ausgehend von der Zielsetzung einer zeitgemäßen Umsetzung des gesetzlichen Auftrags zur Veröffentlichung statistischer Daten wurden für das Marketing statistischer Informa-

Marketing-Modell der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder



Statistisches Bundesamt 99 -1 - 0396

tionen folgende Leitlinien entwikkelt:

Der Bedarf der Kunden steht im Zentrum des Handelns der amtlichen Statistik.

Die Nachfrage nach statistischen Daten weist ein breites Spektrum auf. Es werden zum Beispiel hochaktuelle, aber auch historische, globale wie kleinräumige oder hochverdichtete ebenso wie fein differenzierte Informationen benötigt. Sie werden von den Kunden über die unterschiedlichsten Verbreitungs- bzw. Übermittlungswege und -techniken nachgefragt (zum Beispiel per Telefon oder Fax, als gedruckte oder elektronische Publikation oder online über das Internet bzw. als E-Mail). Ein Teil der Kunden will die Daten selbst nutzen, ein anderer will sie weitervermitteln. Dieser Heterogenität muss ein aktives Marketing ebenso gerecht werden wie der notwendigen Flexibilität, um künftigen Anforderungen mit innovativen Produkten und Serviceangeboten in adäquater Weise begegnen zu können.

Die amtliche Statistik stellt eine informationelle Grundversorgung als kostenloses Grundangebot bereit.

Dieses Ziel leitet sich in erster Linie aus dem gesetzlichen Auftrag der amtlichen Statistik ab, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Diese Grundversorgung mit einer für jeden nutzbaren statistischen Infrastruktur entspricht dem allgemeinen Informationsbedarf der Öffentlichkeit und ist deshalb in der Regel kostenlos, wie zum Beispiel Pressemitteilungen, Faltblätter, weniger aufwendige Leistungen der Auskunftsdienste oder der allgemeine Teil der Internet-Angebote (äußeres Segment des Marketing-Modells).

Die amtliche Statistik bietet statistische Produkte und Dienstleistungen am Markt an.

Zu diesem mittleren Segment des Modells zählen alle Produkte und Dienstleistungen, die über die Grundversorgung hinausgehen und zur Abdeckung eines standardisierbaren wiederkehrenden Informationsbedarfs der Kunden vorgefertigt werden können. Dazu gehören u. a. Print-Veröffentlichungen oder elektronische Offline- (CD-ROM, Disketten) und Online-Angebote (Internet). Für sie werden Marktpreise festgelegt; für bestimmte Kundengruppen sollen Rabatte eingeräumt, von Weiterverbreitern gegebenenfalls Lizenzgebühren erhoben werden.

Die (Weiter-)Entwicklung dieser Produkte und Dienstleistungen wird zielgruppenorientiert forciert und durch Marktuntersuchungen begleitet, der Markterfolg soll regelmäßig bewertet werden. Der Markt soll mit diesen standardisierten Angeboten so breit abgedeckt werden, wie es der Grundsatz eines effizienten Ressourceneinsatzes gestattet. Kooperationen mit privaten Informationsanbietern sind verstärkt anzustreben.

Neue Produkte in diesem Segment sind vorgefertigte On-demand-Produkte, die den Ansprüchen nach einem transparenten, kostengünstigen Angebot auf der einen Seite und dem individuellen Kundenbedarf auf der anderen Seite optimal gerecht werden. Die Entwicklung von kundenindividuellen Massenproduktionen entspricht den neuen Marketingansätzen anderer Branchen, zum Beispiel der Autoindustrie, bei der die Module von den Kunden individuell bestimmt und im Rahmen einer informationstechnologischen Prozesssteuerung kostengünstig produziert werden.

Die Weiterentwicklung der Informations- und Kommunikationstechnologie wirkt sich im mittleren Segment des Marketing-Modells in besonderem Maße aus. Durch den verstärkten Einsatz interaktiver Medien (Internet - Dienste wie das World Wide Web, E-Mail und File Transfer) wird die Distributionspolitik nachhaltig beeinflusst. Elektronischer Handel und virtuelle „Kaufhäuser", in denen Tabellen und andere Dokumente angeboten werden, sind für die statistischen Ämter reale Möglichkeiten einer effizienten Vermarktung ihrer Informationsprodukte.

Auf Wunsch erstellt die amtliche Statistik maßgeschneiderte Lösungen.

Dieses innere Segment des Marketing-Modells umfasst problemorientierte Produkte und Serviceleistungen, die auf spezielle Nachfrage individuell für die Kunden entwickelt werden. Hierbei werden Aufträge entgegengenommen und gegen Kostenerstattung aufgrund von individuellen Verträgen mit dem Kunden bearbeitet. Dazu gehören zum Beispiel Sonderauswertungen statistischer Datenmaterialien, Beratungsleistungen, die Beantwortung komplexer Anfragen und Lehrtätigkeiten. Alle Aufträge, die nicht

standardisiert abgewickelt werden können, fallen in dieses Segment.

Wirtschaftlich gesehen bietet dieser Bereich die größten Chancen zur Schaffung eigener finanzieller Spielräume, er ist daher durch geeignete Maßnahmen zu erweitern. Als problematisch erweist sich hier, dass zunächst Ressourcen eingesetzt werden müssten, um dann erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung jene Einnahmen zu erzielen, die für die Ressourcenfinanzierung benötigt werden. Ob die gewollte kundenorientierte Ausrichtung sich letztlich umsetzen lässt, hängt in starkem Maße von der Lösung dieses Problems ab.

Die amtliche Statistik ermöglicht einen einfachen und schnellen Zugang zu den Informationen.

Nur wenn die Infrastruktur für die Informationsverbreitung unter Wahrung von Statistikgeheimnis und Datenschutz so geschaffen wird, dass der jeweilige Informationsbedarf ohne bürokratischen Aufwand zügig gedeckt werden kann, ist dieses Ziel zu erreichen. Im gemeinsamen Marketingkonzept der amtlichen Statistik werden für jedes der drei Segmente die Grundprinzipien der Verbreitung herausgearbeitet, die adäquaten Verbreitungswege festgelegt und damit die Grundlagen geschaffen, durch konkrete Maßnahmen Verbesserungen zu erzielen.

Mit ihren Partnern im In- und Ausland arbeitet die amtliche Statistik konstruktiv zusammen und nutzt die Möglichkeit der Arbeitsteilung.

Es gibt verschiedene Gründe, Produkte oder Serviceleistungen kooperativ oder arbeitsteilig zu erstellen, zum Beispiel um Kosten oder Kapazitäten einzusparen; eine solche Zusammenarbeit eröffnet aber auch die Chance, externes Knowhow zu erwerben. Die amtliche Statistik sollte mit anderen öffentlichen (statistischen) Institutionen ebenso zusammenarbeiten wie mit Privaten. Dabei ist stets darauf zu achten, dass das eigene Profil nicht verlorengeht und der Beitrag der statistischen Ämter insbesondere als Urheber der Informationen gebührend herausgestellt wird.

Ein wichtiger Partner ist dabei die Wissenschaft, mit der auf verschiedene Art und Weise kooperiert wird. So wächst zum Beispiel insbesondere bei der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Forschung das Interesse, statistische Informationen nicht nur in aggregierter Form, sondern auch als Mikrodaten nutzen zu können, um maßgeschneiderte Analysen wirtschafts-, sozial- und gesellschaftspolitischer Zusammenhänge vornehmen zu können. Der 1997 im Rahmen eines vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie unterstützten Pilotprojektes eingeschlagene Weg, der Wissenschaft zu günstigen Konditionen anonymisierte Mikrodaten zur Verfügung zu stellen, soll weiterverfolgt werden.

4. Rechtliche Fragen

Bei der Erfüllung des gesetzlichen Auftrages der amtlichen Statistik, statistische Ergebnisse zusammenzustellen und für allgemeine Zwecke zu veröffentlichen, entstehen Werke im Sinne des § 2 Urheberrechtsgesetzes. Daraus erwachsen Urheberrechte für die Bundesrepublik Deutschland und/oder die einzelnen Bundesländer. Diese Rechte schließen auch ein, die Werke wirtschaftlich zu verwerten und Vertriebsrechte an Dritte zu übertragen.

Ausgehend von dieser Grundsatzposition und in Analogie zu den drei Segmenten des Marketing-Modells wurden zwischen den statistischen Ämtern drei unterschiedliche Copyrightregelungen vereinbart. Danach können Produkte und Dienstleistungen der informationellen Grundversorgung (äußeres Segment) mit Quellenangabe uneingeschränkt von Dritten vervielfältigt und verbreitet werden. Bei den kostenpflichtigen nachfrage- und zielgruppenorientierten Standardangeboten (mittleres Segment) wurde dagegen eine differenzierte Regelung festgelegt. Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung ebenfalls mit Quellenangabe gestattet. Für gewerbliche bzw. entgeltliche Verbreitung ist eine vorherige Zustimmung notwendig. Diese ist stets notwendig, wenn von Dritten beabsichtigt ist, die Weitergabe oder Verbreitung über elektronische Wege vorzunehmen. Bei den maßgeschneiderten Produkten und Dienstleistungen des inneren Segmentes gilt ein uneingeschränktes Copyright. Die Rechte und Pflichten der Partner werden hier vertraglich geregelt.

5. Nutzerkategorien

Der Vielfalt der statistischen Informationen auf der einen steht eine Vielfalt von Nutzern dieser Informationen auf der anderen Seite gegen-

über. Gedankliche Zusammenfassungen dieser Nutzer zu bestimmten Gruppen hat es zwar schon immer gegeben, aber sie differierten entsprechend den unterschiedlichen Zwecken und auch zwischen den statistischen Ämtern. Im Marketingkonzept haben die Ämter nun eine einheitliche Kategorisierung vereinbart, und zwar insbesondere für folgende Zwecke:

- Nutzergruppenbezogene Marktforschung,
- nutzergruppenadäquate Produktgestaltung,
- nutzergruppengerechte Preissetzung,
- nutzergruppenspezifische Ansprache (zum Beispiel Werbung),
- nach Nutzergruppen differenzierende Erfolgskontrolle (zum Beispiel Absatzstatistik).

Aus dieser Aufzählung lassen sich auch die Maßstäbe für eine adäquate Gruppenbildung ableiten.
Die Nutzer werden dabei auf zwei hierarchischen Ebenen systematisiert. Die erste umfasst 13, die zweite 58 Kategorien. Die erste Hierarchieebene wird im Folgenden enumerativ aufgelistet:

1 Politik und Verwaltung auf internationaler Ebene
2 Politik und Verwaltung auf Bundesebene
3 Politik und Verwaltung auf Länderebene
4 Politik und Verwaltung auf kommunaler Ebene
5 Amtliche Statistik
6 Parteien, Interessen- und Berufsverbände, Kirchen u. Ä.
7 Bildung, Wissenschaft, Kultur
8 Wirtschaft
9 Medien
10 Informationsdienstleister
11 Privatnutzer
12 Unbestimmte, nicht zuordenbare Nutzer
13 Sondernutzer

Auf der zweiten Ebene werden die ersten elf Kategorien dieser ersten Hierarchiestufe noch weiter untergliedert.

Sollte für bestimmte Zwecke eine Zuordnung der Nutzer auf die beiden Hierarchieebenen nicht ausreichen, ist es den Ämtern freigestellt, eine dritte oder noch weitere Stufen mit einer noch tiefergehenden Systematisierung anzufügen.

6. Angebote der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

6.1 Grundsätze der Gestaltung

Grundsätzlich sind die statistischen Ämter in der inhaltlichen und formalen Gestaltung ihrer Angebote frei. Gleichwohl ist es im Interesse der Nutzer wünschenswert, wenn die amtliche Statistik ein nach außen über weite Strecken einheitliches oder zumindest vergleichbares Bild bietet.

Dies wird dadurch erreicht, dass die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

- mit Gemeinschaftsveröffentlichungen am Markt präsent sind,
- bei ihren hausspezifischen Veröffentlichungen bestimmte Elemente untereinander abstimmen,
- länderübergreifende Anfragen koordiniert beantworten,
- sich gegenüber den Medien einheitlich verhalten,
- sich gemeinsam auf ausgewählten Fach- und Verbrauchermessen präsentieren und
- in der Öffentlichkeitsarbeit zusammenarbeiten.

6.2 Gemeinschaftsveröffentlichungen

6.2.1 Statistik Regional

„Statistik regional“ ist eine jährlich von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder gemeinsam herausgegebene Datenbank auf CD-ROM. Sie bietet die Möglichkeit, wirtschaftliche und soziale Fakten für Landkreise und kreisfreie Städte, Regierungsbezirke, Länder und das Bundesgebiet zu recherchieren und zu Tabellen zusammenzustellen.

6.2.2 Gemeinsame Printveröffentlichungen

Schon seit längerer Zeit geben die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder gemeinsame gedruckte Veröffentlichungen heraus. Zu nennen sind zum Beispiel das „Krankenhausverzeichnis“, die „Kreiszahlen“, die „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ und die Veröffentlichungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“. Für die Printveröffentlichungen wurde ein System von Regelungen vereinbart, die das Projektmanagement ebenso betreffen wie Kosten- und Preisfragen, einschließlich der Rabattgewährung oder vertrieblicher Aspekte. Festgelegt wurde auch ein einheitliches Layout, das die Beteiligung aller Häuser verdeutlicht. Grundsätzlich besteht darüber Konsens, dass die Bedeutung derartiger Produkte im Gesamtsystem der Veröffentlichungen der statistischen Ämter in Zukunft verstärkt

werden soll. Im Prinzip kann das Regelwerk auch auf gemeinsame elektronische Produkte – das Krankenhausverzeichnis ist bereits auch als Diskettenpaket erhältlich –- übertragen werden. Entsprechend der technischen Entwicklung und der Orientierung an den Kundenwünschen sollte gemeinsames elektronisches Offline-Publizieren einen Schwerpunkt bei der Weiterentwicklung der Gemeinschaftsveröffentlichungen bilden.

6.3 Vereinbarungen und Leitlinien für Produkte und Dienstleistungen der einzelnen Ämter

6.3.1 Mindest-veröffentlichungsprogramm

Es liegt im Interesse der Kundenfreundlichkeit, die Vorteile der föderalen Struktur des deutschen Statistiksystems mit einem nach außen hin in wesentlichen Teilen einheitlichen Datenangebot der statistischen Ämter zu verbinden. Diese haben daher vereinbart, gemeinsame Kerninhalte ihres statistischen Programms als Mindestveröffentlichungsprogramme zu publizieren.

6.3.2 Statistische Berichte

Statistische Berichte sind das Hauptinstrument der marktgerechten und zeitnahen Verbreitung fachlich detaillierter statistischer Informationen durch die statistischen Landesämter. Für die systematische Gliederung und zeitliche Einordnung der Statistischen Berichte ist ein einheitliches Kennziffernsystem vereinbart, das den Konsumenten über die Veröffentlichungsverzeichnisse mitgeteilt wird und ihnen als Orientierungshilfe dient. Es wird zentral von einem statistischen Landesamt gepflegt und koordiniert.

6.3.3 Regio-Stat-Katalog

Es wurde ein gemeinsamer Datenkatalog zur Bereitstellung statistischer Ergebnisse vereinbart, der kurzfristig auf Datenträger lieferbare Ergebnisse aus allen Bereichen der amtlichen Statistik auf Gemeinde- und Kreisebene umfasst.

6.3.4 Zahlenspiegel

Im monatlichen Zahlenspiegel veröffentlichen die statistischen Landesämter Eckwerte aus den monatlichen bzw. vierteljährlichen Statistiken aller Fachgebiete. Zwischen den Ämtern abgestimmt und vereinbart ist sowohl eine gemeinsame Merkmalsliste als auch die Konvention, neben dem aktuellen Monat jeweils die drei vorangehenden Monate sowie den Vorjahresmonat und dessen beide Vorgängermonate nachzuweisen. Somit werden sowohl inhaltlich als auch zeitlich vergleichbare aktuelle Daten angeboten.

6.3.5 Internet-Angebote

Die Internet-Angebote der statistischen Ämter sind je nach technischer Ausstattung und verfügbarer Kapazität unterschiedlich.
Einige Rubriken werden jedoch – bei in der Regel dezentraler Gestaltung und Pflege – als Grundstandard festgelegt:
– Darstellung des Amtes,
– Pressemitteilungen,
– Publikationsliste.

Darüber hinaus werden auf den Servern ausgewählter statistischer Ämter bestimmte Angebotsteile für die ganze amtliche Statistik zentral bereitgestellt und gepflegt. Nach dem gegenwärtigen Stand betreffen die Vereinbarungen folgende Informationen:
– vergleichende Bund-Länder-Tabellen,
– Auszüge aus „Statistik regional",
– Link-Seite (Verknüpfung der statistischen Ämter untereinander).

6.3.6 Koordinierte Beantwortung von Anfragen

Die Beantwortung länderübergreifender Anfragen nach regionalstatistischen Daten, zum Beispiel durch die Auskunftsdienste, wird vereinbarungsgemäß im Auftrag der übrigen Ämter vom Amt desjenigen Landes koordiniert, in dem der Anfrager seinen Sitz hat. Gegenüber Bundesstellen sowie supra- und internationalen Einrichtungen und Anfragern mit Sitz im Ausland übernimmt das Statistische Bundesamt die entsprechende Funktion. Die Koordinierung betrifft im beiderseitigen Interesse die – dann nur einmal vorzunehmende – Klärung sowohl der fachlichen Detailfragen als auch der finanziellen Rahmenbedingungen sowie die Rechnungslegung. Die amtliche Statistik tritt dem Kunden auf diese Weise als Einheit entgegen.

6.3.7 Beziehung zu den Medien

Die Medien sind der zentrale Multiplikator bei der Verbreitung statistischer Informationen an die breite Öffentlichkeit. Ein wesentliches Ziel der Informationspolitik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist es, durch eine aktive und dialogorientierte Zusammenarbeit mit den Journalisten das Profil eines modernen, unabhängigen und objektiven Informationsdienstleisters über die Medien in der Öffentlichkeit zu verankern. In diesem Sinne ist Pressearbeit ein Teil der Marketingpolitik der statistischen Ämter. Sie

unterstützen die Presse in ihrem Auftrag als Informations- und Meinungsverbreiter. Einschränkungen journalistischer Recherchen, zum Beispiel durch restriktive Auskunftspolitik und Preisgestaltung, schaden dem Ansehen der amtlichen Statistik. Auf der Basis dieser Grundsatzpositionen wurden zwischen den statistischen Ämtern die folgenden Vereinbarungen getroffen:

– Neben der laufenden Presseinformation umfasst die Pressearbeit der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder einen schnellen und mediengerechten Informationsservice sowie kompetente Beratung für Journalisten.
– Alle Journalisten haben den gleichen Zugang zu statistischen Ergebnissen.
– Die Beantwortung von Anfragen im Rahmen journalistischer Recherchen erfolgt schnell und im Grundsatz kostenlos.

Ferner wurden hinsichtlich der Medienbeziehungen folgende Leitlinien festgelegt:

– Standardprodukte können für Rezensionen und journalistische Recherchen kostenlos zur Verfügung gestellt werden.
– Die länderübergreifende Koordinierung von Presseanfragen erfolgt in Anlehnung an die in Abschnitt 6.3.6 beschriebene Vorgehensweise.
– Erheblicher zusätzlicher Aufwand kann in Rechnung gestellt werden.

6.3.8 Gemeinsame Öffentlichkeitsarbeit

Gemeinsame Messeaktivitäten

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder präsentieren sich gemeinsam auf ausgewählten Fach- und Verbrauchermessen. Die organisatorische und finanzielle Abwicklung mit der jeweiligen Messegesellschaft, die Standplanung und die Bereitstellung der Messestand-Teile übernimmt dabei das Statistische Bundesamt. Die Koordinierung der Beteiligung der statistischen Landesämter wird von dem Landesamt vorgenommen, in dessen Land die Messe ihren Standort hat. Die Kosten für Standmiete, Ausstattung und Logistik werden je zur Hälfte vom Statistischen Bundesamt und nach einem spezifischen Schlüssel von den statistischen Ämtern der Länder getragen.

Gemeinsame PR-Arbeit und Werbung

Durch gemeinsame PR-Aktivitäten (Faltblätter, Broschüren, Plakate, spezielle Internetangebote usw.) nutzen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder Synergieeffekte. Solche Aktionen dienen zum Beispiel der Unterstützung der Feldarbeit für Erhebungen und Großzählungen, der Werbung für gemeinsame Produkte oder der gemeinsamen Präsentation auf Messen. Im Sinne des Marketing-Modells handelt es sich bei diesen Angeboten um kostenlose Produkte der informationellen Grundversorgung.

7. Gemeinsame Preispolitik

Zu einem kundenorientierten Marketing zählt zweifelsohne auch eine transparente, nachvollziehbare und verlässliche Preisfestsetzung für die Produkte und Dienstleistungen, die auf dem Markt angeboten werden. Durch das gemeinsame Marketingkonzept sind die Ämter einen wichtigen Schritt in dieser Richtung vorangekommen. Für die Gemeinschaftsprodukte wurden einheitliche Preise und für Regio-Stat-Tabellen Preisfestsetzungsregeln vereinbart.

Für die Lieferung von Regio-Stat-Tabellen, die als komplette Tabellen mit dem Charakter eines Standardproduktes des mittleren Segmentes des Marketing-Modells verkauft werden, wird generell eine *Bearbeitungsgebühr* von 10 DM erhoben.

Die eigentlichen Preise können jedoch nicht für alle Länder und Tabellen gleich sein. Der Preis für eine Tabelle, die Daten für 2 305 Gemeinden enthält, muss höher sein als der für eine Tabelle mit 52 Gemeindedaten. Der Preis für eine differenzierte Tabelle muss höher sein als der für eine Tabelle, die nur ein einziges Aggregatdatum enthält. Die Länder haben unterschiedlich viele regionale Einheiten, die berücksichtigt werden müssen. So hat zum Beispiel das Saarland 6 Kreise, Bayern dagegen 96, Nordrhein-Westfalen hat 396 Gemeinden, Rheinland-Pfalz dagegen 2 305. Die Tabellentypen unterscheiden sich einerseits nach Gemeinde- und Kreistabellen, andererseits nach dem Umfang der Tabellen.

Bei *Gemeindetabellen* wurde eine Differenzierung nach vier *Preiskategorien* vorgenommen:

– Kategorie I: 4 Länder mit weniger als 750 Gemeinden (Hessen, Nordrhein-Westfalen, Saarland, Sachsen)
– Kategorie II: 5 Länder mit 750 bis unter 1 250 Gemeinden (Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Thüringen)
– Kategorie III: 2 Länder mit mehr als 1 250 bis unter 1 750 Gemeinden (Brandenburg, Sachsen-Anhalt)

– Kategorie IV: 2 Länder mit 1 750 Gemeinden und mehr (Bayern, Rheinland-Pfalz).

Bei *Kreistabellen* gibt es zwei *Preiskategorien*:

– Kategorie I: 8 Länder mit bis zu 36 Kreisen plus Regierungsbezirken (Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen)
– Kategorie II: 5 Länder mit 37 und mehr Kreisen plus Regierungsbezirken (Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz).

Stadtstaaten verfahren bei Lieferung von Regio-Stat-Tabellen analog dem Schema für Kreistabellen der Kategorie I.

Beim Tabellenumfang werden entsprechend der Zahl der Wertfelder vier *Größenklassen*gebildet, und zwar:

– sehr große Tabellen (XL) mit 50 und mehr Wertfeldern pro Regionaleinheit,
– große Tabellen (L) mit 20 bis 49 Wertfeldern pro Regionaleinheit,
– mittelgroße Tabellen (M) mit 10 bis 19 Wertfeldern pro Regionaleinheit,
– kleine Tabellen (S) mit bis zu neun Wertfeldern pro Regionaleinheit.

Diese Kategorisierungen lassen sich zur folgenden übersichtlichen *Preismatrix* zusammenfügen:

Tabellengröße	Gemeindetabelle	Kreistabelle				
	Kategorie I	Kategorie II	Kategorie III	Kategorie IV	Kategorie I	Kategorie II
	in DM					
S	15,00	25,00	35,00	45,00	10,00	15,00
M	22,50	37,50	52,50	67,50	15,00	22,50
L	30,00	50,00	70,00	90,00	20,00	30,00
XL	37,50	62,50	87,50	112,50	25,00	37,50

Durch die Einordnung aller Regio-Stat-Tabellen in Größenklassen können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den statistischen Ämtern den interessierten Kunden schnell und problemlos Auskunft über die zu erwartenden Preise für einen bestimmten Auftrag geben.

8. Rabatte und Lizenzen

8.1 Rabatte

Gegenwärtig bestehen bei den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder merkliche Unterschiede bei der Rabattgewährung. Diese sind zum Teil auf unterschiedliche Rechtsgrundlagen zurückzuführen, zum Teil auch auf unterschiedliche Vertriebswege und Kundenkreise.

Trotz dieser heterogenen und komplexen Ausgangslage ist es im Marketingkonzept gelungen, für die Praxis der zukünftigen Rabattgewährung bei Standardprodukten einige Regeln für Wiederverkäufer, Endverbraucher und bestimmte Nutzergruppen festzulegen.

8.2 Lizenzmodell

Um gegenüber Informationsverbreitern eine einheitliche und transparente Preisgestaltung von Bund und Ländern anzubieten, wurden im gemeinsamen Marketingkonzept auf der Basis der folgenden Grundprinzipien Lizenzregelungen festgelegt:

– Lizenzregelungen sind nur für Standardprodukte und kundenspezifische Aufbereitungen (mittleres und inneres Segment des Marketing-Modells) erforderlich.
– Die Lizenzregelungen gelten im Falle von Gemeinschaftsprodukten und länderübergreifenden Anfragen als Vereinbarung, bei länderspezifischen Produkten und bei Produkten des Statistischen Bundesamtes sowie bei entsprechenden Anfragen als Leitlinie.
– Der Gesamtpreis setzt sich aus einer Bearbeitungspauschale, dem Produktpreis und dem Lizenzpreis zusammen.
– Als Basis für die Berechnung des Lizenzpreises für Standardprodukte wird das Wertfeld bzw. das Ordnungsfeld (bei Klassifikationen und Verzeichnissen) herangezogen. Das Wertfeld bzw. das Ordnungsfeld (im folgenden nur noch als Wertfeld bezeichnet) ist die kleinste Grundeinheit, die eine statistische Information enthält bzw. beschreibt.
  Erläuterung: Bei Anschriften gelten zum Beispiel der Adressat, die Straße mit Haus-Nr. sowie die Postleitzahl mit Ortsangabe jeweils als ein Wertfeld, zusammen sind es also drei Wertfelder.
– Die Lizenzpreise gelten in gleicher Weise für Standardprodukte und kundenspezifische Aufbereitungen, für alle Produktarten und Lieferformen sowie für gewerbliche und nichtgewerbliche Informationsanbieter, soweit diese nicht von der Lizenzpflicht befreit sind.
– Die Lizenzregelung unterscheidet zwei Weiterverbreitungsformen durch den Kunden, und zwar

Print/Offline (Diskette, CD-ROM,...) und Online.
– Nicht unter die Lizenzregelung fällt die interne Mehrfachnutzung (z. B. im Inhouse-Netz) von elektronischen Standardprodukten. Zu berechnen ist hier lediglich der doppelte Produktpreis. Eine Bearbeitungspauschale sowie eine Staffelung nach der Zahl der Nutzer ist in diesem Fall nicht erforderlich.

Die *Bearbeitungspauschal*e für eine Lizenzvergabe beträgt 85 DM (bei Abonnements nur einmalig); bei Koordinierungsanfragen wird sie verdoppelt.

Der eigentliche *Lizenzprei*s wird in Abhängigkeit von drei Kriterien errechnet:

1. Geplante Verbreitungsform (Print/Offline; Online), wobei für den Online-Fall zusätzlich nach dem Umfang des Nutzerkreises unterschieden wird.

   a) Weiterverbreitung durch Dritte in Papierform oder Offline (Diskette, CD-ROM,...):
   Die Lizenzpreise ergeben sich zunächst aus der stufenweisen Multiplikation eines Wertfeldpreises mit der Anzahl der angeforderten Wertfelder (zu den Preisen der Wertfelder siehe unter 2.). Die so errechneten Lizenzpreise je Einheit gelten für die ersten 100 Exemplare der geplanten Auflage zu 100 %; für darüber hinausgehende Auflagenexemplare wird eine stufenweise Rabattierung vorgesehen (siehe dazu unter 3.).

   b) Weiterverbreitung durch Dritte Online:
   Im Falle eines unbeschränkten Nutzerkreises werden zunächst die Lizenzpreise für die erste Einheit wie unter a) berechnet und anschließend mit 200 multipliziert. Im Falle eines beschränkten Nutzerkreises werden die Lizenzpreise für die erste Einheit ebenfalls wie unter a) berechnet und anschließend mit 50 multipliziert.
   Diese pauschale und einmalige Berechnung im Online-Fall vermeidet einen hohen Kontroll- und Prüfaufwand, wie er bei einer genauen Abrechnung anfallen würde.

2. Zahl der angeforderten Wertfelder

   Die Höhe des Wertfeldpreises ist nach folgenden sechs Größenklassen gestaffelt und degressiv gestaltet:
   0,00144 DM für das 1. bis 1 000. Wertfeld
   0,00108 DM für das 1 001. bis 10 000. Wertfeld
   0,00072 DM für das 10 001. bis 50 000. Wertfeld
   0,00036 DM für das 50 001. bis 100 000. Wertfeld
   0,00018 DM für das 100 001. bis 500 000. Wertfeld
   0,00009 DM ab dem 500 001. Wertfeld

3. Vom Kunden vorgesehene Auflage

   Der errechnete Lizenzpreis hat für die ersten 100 Exemplare der Auflage Gültigkeit. Für darüber hinausgehene Auflagenexemplare ist folgende stufenweise Rabattierung vorgesehen:
   20 % für das 101. bis 250. Stück,
   35 % für das 251. bis 500. Stück,
   50 % für das 501. bis 1 000. Stück und
   65 % ab dem 1 001. Stück.

Die Lizenzverhandlung und -vergabe auf der Basis der beschriebenen Grundprinzipien und Vereinbarungen bzw. Leitlinien erfolgt bei länderübergreifenden Kundenanfragen zentral durch das koordinierende Land (siehe Abschnitt 6.3.6).

9. Künftige Entwicklungen im Marketing

Neue Trends im Marketing werden auch die künftige Verbreitungspolitik der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder nachhaltig beeinflussen. Schon die Einführung der oben beschriebenen Konzepte hat die Denk- und Handlungsmuster in den Ämtern in Richtung der Wahrnehmung ihrer Rolle als moderner Informationsdienstleister geprägt. Die Individualisierung der Marketingaktivitäten im Hinblick auf die speziellen Bedürfnisse der Kunden der amtlichen Statistik wird weiter zunehmen. Grundlage hierfür ist ein Dialog mit den Kunden. Dass diese Aufgabe ernst genommen wird, zeigt sich in der Einrichtung von Service-Telefonen und Servicezeiten in einzelnen Ämtern, die trotz der Verknappung von Ressourcen als prioritär angesehen werden. Ein zweiter Trend ist die stärkere Vernetzung der Marketingaktivitäten, die durch die weiteren informationstechnischen Entwicklungen begünstigt wird. Die Entwicklung leistungsstarker Datenbanken, die im Sinne von Data Warehouses verschiedene Datenbestände aus internen und externen Quellen integrieren, kann eine breite Basis für die unterschiedlichsten Auswertungen zur Verfügung stellen und damit das Rückgrat für eine kundenorientierte Verbreitungspolitik bilden. Auch die Online-

Marktforschung und -Kundenbetreuung wird durch die IT-Entwicklung maßgeblich mitbestimmt. Die Folge dieser Entwicklung wird eine veränderte Organisation der Aufgabenbewältigung sein. Eine konsequente Umgestaltung der Arbeitsprozesse wird als Teil eines Qualitätsmanagements der statistischen Ämter Voraussetzung für ein kundenorientiertes Marketing der nächsten Jahre sein. ■

Erwerbstätige im April 1998

Von den insgesamt knapp 18 Millionen nordrhein-westfälischen Einwohnerinnen und Einwohnern bestreiten 6,8 Millionen (38 %) ihren Unterhalt hauptsächlich durch Einkommen aus eigener Erwerbstätigkeit. Ersten Ergebnissen des „Mikrozensus 1998" zufolge, stellen für weitere 6,3 Millionen Menschen (35 %) Zuwendungen von Angehörigen die Hauptquelle des Lebensunterhalts dar. Andere Einkommensarten (Rente, Pension, Arbeitslosenunterstützung, Einkünfte aus Vermögen usw.) nannten 4,9 Millionen (27 %). Bei der Interpretation dieser Zahlen ist zu berücksichtigen, dass bei mehreren Unterhaltsquellen (z. B. Einkommen aus Erwerbstätigkeit und aus Vermögen) nur die überwiegende Quelle nachgewiesen wird. So zählten die Statistiker beispielsweise 0,6 Millionen Erwerbstätige, die überwiegend nicht vom Einkommen aus ihrer Erwerbstätigkeit leben.

Unter den 6,3 Millionen Menschen, die durch Angehörige unterhalten werden, sind 2,8 Millionen Kinder unter 15 Jahren. Bei den übrigen 3,5 Millionen handelt es sich großenteils um Frauen; nur 0,6 Millionen sind Männer.

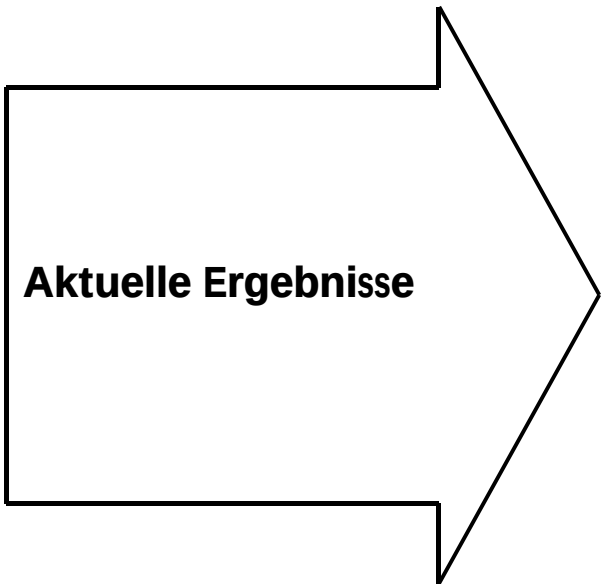
Die Mikrozensus-Ergebnisse zeigen außerdem, dass seit der Volkszählung 1987 die Zahl der Erwerbstätigen in NRW um etwa 0,5 Millionen auf 7,4 Mill. zugenommen hat, obwohl im gleichen Zeitraum die Zahl der Personen im so genannten „erwerbsfähigen Alter" (15 bis 65 Jahre) mit +230 000 nur halb so stark gestiegen ist. Teilweise ist diese Zunahme auf einen Anstieg der Teilzeitbeschäftigung zurückzuführen: 1987 waren 16,6 % aller Erwerbstätigen Teilzeitkräfte, 1998 dagegen schon 18,5 %.

Eigentümerhaushalte im Januar 1998

Fast vier von zehn nordrhein-westfälischen Haushalten (3,04 Millionen von insgesamt 8,04 Millionen) lebten Anfang letzten Jahres im eigenen Haus oder der eigenen Wohnung. Dies ist ein Ergebnis der „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998". Dabei wohnten mehr als die Hälfte (57 %) dieser „Eigentümerhaushalte" in Einfamilienhäusern; 17 % wohnten in einem Zweifamilienhaus und 25 % in einem größeren Gebäude. Bei den fünf Millionen Haushalten ohne „eigene vier Wände" war das Verhältnis anders: sie lebten zu fast 80 % in Gebäuden mit drei oder mehr Wohnungen.

Gliedert man die Ergebnisse nach der Zahl der Personen im Haushalt, so ist festzustellen, dass mit steigender Haushaltsgröße der Trend zum Wohnen im Einfamilienhaus zunimmt. So lebte Anfang 1998 nur jeder neunte Singlehaushalt (11 %) und gut jeder vierte Zweipersonenhaushalt (28 %) in Einfamilienhäusern. Bei Haushalten mit drei Personen belief sich dieser Anteil auf 33 %, bei Haushalten mit vier Personen auf 44 % und bei Haushalten mit fünf oder mehr Personen sogar auf 54 %.

Bei der Interpretation der Zahlen ist zu berücksichtigen, dass Haushalte mit mehr als 35 000 DM Monatseinkommen in die „Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1998" nicht einbezogen waren. Insgesamt hatten sich in NRW mehr als 14 000 Privathaushalte freiwillig an dieser Statistik beteiligt.


Aktuelle Ergebnisse

Preisindex für die Lebenshaltung in Nordrhein-Westfalen

Februar 1999 (Basis 1995 = 100)

Hauptgruppe / Gütergruppe / Gut	Wägungsanteil	Indexstand	Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres	Indexstand			Veränderung gegenüber gleichem Monat des Vorjahres		
				Haushaltstyp[1]			Haushaltstyp[1]		
	alle privaten Haushalte			1	2	3	1	2	3
	‰	Punkte	%	Punkte			%		
Gesamtpreisindex	**1 000**	**104,4**	**+ 0,2**	**104,9**	**104,1**	**104,2**	**– 0,1**	**+ 0,2**	**+ 0,4**
ohne Saisonwaren[1]	974,00	104,5	+ 0,3	105,0	104,2	104,2	– 0,1	+ 0,3	+ 0,4
ohne Heizöl und Kraftstoffe	961,71	104,7	+ 0,6	105,1	104,4	104,4	+ 0,1	+ 0,5	+ 0,6
ohne Wohnungsmieten und Nebenkosten	783,64	103,2	–	103,0	102,7	103,1	– 0,7	– 0,1	+ 0,1
ohne Ferienwohnungen und Pauschalreisen	980,62	104,4	+ 0,2	104,9	104,2	104,3	– 0,1	+ 0,2	+ 0,4
nur Dienstleistungen	283,57	107,4	+ 1,0	107,4	106,4	106,8	+ 0,7	+ 0,7	+ 0,9
Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	**127,05**	**101,9**	**– 1,0**	**101,9**	**101,7**	**101,7**	**– 1,1**	**– 1,0**	**– 1,0**
Nahrungsmittel zusammen	109,48	101,9	– 1,0	101,8	101,6	101,7	– 1,2	– 1,2	– 1,1
Saisonwaren[1]	26,00	102,2	– 0,2	101,4	101,8	102,0	– 0,9	– 0,5	– 0,6
Alkoholische Getränke und Tabakwaren	**40,39**	**106,0**	**+ 3,1**	**105,7**	**106,4**	**106,5**	**+ 2,8**	**+ 3,4**	**+ 3,5**
alkoholische Getränke	20,38	103,3	+ 1,7	103,4	103,1	104,6	+ 1,7	+ 1,6	+ 2,5
Bekleidung, Schuhe	**67,72**	**102,2**	**+ 0,4**	**102,7**	**102,6**	**102,6**	**+ 0,5**	**+ 0,4**	**+ 0,5**
Bekleidung	53,65	101,8	+ 0,2	102,0	102,2	102,1	+ 0,2	+ 0,2	+ 0,2
Schuhe	10,67	103,4	+ 1,1	103,5	103,7	103,6	+ 0,9	+ 1,0	+ 1,0
Wohnung, Wasser, Elektrizität, Gas und andere Brennstoffe	**287,02**	**106,1**	**+ 0,5**	**106,5**	**106,5**	**106,3**	**+ 0,5**	**+ 0,7**	**+ 0,8**
Wohnungsmieten (einschl. Nebenkosten)	216,36	108,9	+ 1,3	109,4	108,9	108,3	+ 1,2	+ 1,2	+ 1,2
Nettokaltmieten	185,02	107,7	+ 0,7	108,3	107,9	107,4	+ 0,7	+ 0,8	+ 0,8
Haushaltsenergie	53,33	95,6	– 3,2	94,7	95,8	96,0	– 2,8	– 2,2	– 2,3
Strom	26,28	92,5	+ 1,1	91,4	92,7	92,8	+ 1,0	+ 1,1	+ 1,1
Gas	10,43	103,7	+ 0,6	103,5	103,7	103,9	+ 0,6	+ 0,6	+ 0,5
Heizöl	6,51	88,5	–17,5	88,5	88,5	88,5	–17,5	–17,5	–17,5
Hausrat und laufende Instandhaltung des Hauses	**66,48**	**102,6**	**+ 0,9**	**102,9**	**102,8**	**103,0**	**+ 1,1**	**+ 1,0**	**+ 1,0**
Möbel	28,12	103,4	+ 0,9	103,8	103,4	103,3	+ 1,2	+ 1,0	+ 0,9
Haushaltsgeräte	9,75	100,4	+ 0,3	102,5	101,3	102,0	+ 1,4	+ 0,8	+ 1,1
Gesundheitspflege	**36,36**	**110,9**	**– 1,5**	**117,9**	**113,4**	**107,4**	**– 6,7**	**– 6,1**	**– 1,0**
pharmazeutische Erzeugnisse	10,12	111,5	– 4,9	122,9	127,0	111,8	– 9,8	–10,2	– 5,7
Verkehr	**136,58**	**104,7**	**+ 0,2**	**104,7**	**104,0**	**104,1**	**+ 0,3**	**– 0,1**	**+ 0,3**
Kraftfahrzeuge	35,38	102,8	+ 1,7	102,3	102,7	103,0	+ 1,7	+ 1,7	+ 1,8
Kraftstoffe (Benzin, Diesel)	31,78	99,1	– 5,2	99,2	99,1	99,0	– 5,0	– 5,2	– 5,2
Nachrichtenübermittlung	**22,87**	**88,8**	**– 9,6**	**88,2**	**86,9**	**86,8**	**–10,0**	**–10,0**	**– 9,6**
Telefondienstleistungen	18,97	86,1	–11,5	86,1	86,1	86,1	–11,5	–11,5	–11,5
Freizeit, Unterhaltung und Kultur	**100,64**	**105,4**	**+ 0,7**	**107,9**	**104,5**	**103,9**	**+ 0,7**	**+ 0,5**	**+ 0,5**
Pauschalreisen	16,56	106,8	– 0,3	108,4	106,3	106,6	+ 2,1	– 1,0	– 0,7
Bildungswesen	**6,00**	**109,0**	**+ 2,5**	**123,5**	**110,2**	**113,8**	**+ 7,2**	**+ 3,0**	**+ 4,2**
Beherbergungs- und Gaststätten dienstleistungen	**48,75**	**105,5**	**+ 1,6**	**105,4**	**103,4**	**103,5**	**+ 1,6**	**+ 1,3**	**+ 1,2**
Verzehr von Speisen und Getränken	40,83	106,6	+ 1,8	107,1	106,5	106,3	+ 2,0	+ 1,8	+ 1,7
Beherbergungsdienstleistungen	7,92	99,9	+ 0,4	101,3	97,2	98,1	+ 0,7	–	+ 0,1
Andere Waren und Dienstleistungen	**60,14**	**103,8**	**+ 1,7**	**103,4**	**101,9**	**104,5**	**+ 1,5**	**+ 1,3**	**+ 1,8**
Friseurleistungen	11,61	109,8	+ 2,1	109,8	109,7	109,7	+ 2,1	+ 2,0	+ 2,0

1) Haushaltstyp 1: 2-Personen-Haushalte mit geringem Einkommen
Haushaltstyp 2: 4-Personen-Haushalte mit mittlerem Einkommen
Haushaltstyp 3: 4-Personen-Haushalte mit höherem Einkommen

Allgemeinbildende Schulen am 15. Oktober 1998 nach Schulformen

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	Allgemein					
		insgesamt				Grundschulen[1]	
		Anzahl	Schülerbestand		Lehrkräfte[3]	Anzahl	Schülerbestand
			insgesamt	ausländisch			
	Kreisfreie Städte						
1	Düsseldorf	174	57 734	13 076	3 943	96	20 258
2	Duisburg	164	61 929	14 938	4 127	89	24 274
3	Essen	190	69 073	10 237	4 580	106	24 481
4	Krefeld	76	30 019	5 158	2 073	37	10 758
5	Mönchengladbach	90	35 029	4 397	2 280	48	12 599
6	Mülheim an der Ruhr	49	19 164	2 739	1 243	29	7 081
7	Oberhausen	69	25 837	4 137	1 645	42	9 997
8	Remscheid	42	16 439	3 672	1 077	22	5 924
9	Solingen	46	19 464	4 115	1 254	25	7 635
10	Wuppertal	118	43 647	8 551	2 950	66	16 472
	Kreise						
11	Kleve	116	39 815	2 369	2 341	62	15 829
12	Mettmann	172	61 185	8 913	3 907	95	22 293
13	Neuss	151	54 468	6 918	3 413	91	20 572
14	Viersen	99	38 730	3 032	2 324	55	14 925
15	Wesel	164	62 186	6 677	3 895	91	23 637
16	**Reg.-Bez. Düsseldorf**	**1 720**	**634 719**	**98 929**	**41 052**	**954**	**236 735**
	davon						
17	kreisfreie Städte	1 018	378 335	71 020	25 172	560	139 479
18	Kreise	702	256 384	27 909	15 880	394	97 256
	Kreisfreie Städte						
19	Aachen	82	29 030	4 916	2 044	42	9 546
20	Bonn	105	39 847	6 229	2 680	52	11 703
21	Köln	286	104 823	27 322	7 068	150	38 644
22	Leverkusen	46	20 300	2 827	1 339	28	7 080
	Kreise						
23	Aachen	111	37 926	4 638	2 357	63	14 751
24	Düren	104	34 749	3 210	2 176	59	13 250
25	Erftkreis	146	55 389	7 380	3 403	80	20 445
26	Euskirchen	82	25 496	1 421	1 598	41	9 292
27	Heinsberg	97	35 022	2 681	2 083	59	13 086
28	Oberbergischer Kreis	111	41 090	3 741	2 507	60	14 950
29	Rhein.-Berg. Kreis	98	34 280	3 287	2 175	56	12 888
30	Rhein-Sieg-Kreis	186	71 519	6 977	4 451	102	28 187
31	**Reg.-Bez. Köln**	**1 454**	**529 471**	**74 629**	**33 881**	**792**	**193 822**
	davon						
32	kreisfreie Städte	519	194 000	41 294	13 131	272	66 973
33	Kreise	935	335 471	33 335	20 750	520	126 849
	Kreisfreie Städte						
34	Bottrop	43	14 469	1 848	912	27	5 571
35	Gelsenkirchen	95	34 387	8 219	2 238	52	13 033
36	Münster	95	32 661	2 731	2 300	47	10 108

1) einschl. Volksschulen – 2) einschl. freier Waldorfschulen – 3) hauptamtliche und BAT-Lehrkräfte

bildende Schulen am 15. 10. 1998										
darunter										Lfd. Nr.
Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen		Gymnasien		Gesamtschulen[2)]		
Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	
14	5 229	21	3 110	13	6 398	20	16 587	7	5 101	1
22	6 664	17	2 502	8	5 076	13	10 970	13	12 132	2
15	5 097	21	3 244	14	7 985	22	18 602	9	8 834	3
9	3 076	10	1 377	5	3 065	9	6 860	5	4 638	4
12	4 917	10	1 370	4	3 098	10	8 879	5	3 615	5
4	1 275	4	500	3	1 474	5	4 682	4	4 152	6
8	2 791	6	841	3	2 607	5	5 428	4	3 940	7
6	2 197	4	532	2	1 669	4	3 355	3	2 665	8
5	2 037	6	655	3	1 755	4	3 893	3	3 489	9
13	5 231	12	1 623	7	3 972	9	9 659	8	5 766	10
22	7 985	11	1 533	8	5 737	12	8 496	1	235	11
16	5 964	17	2 132	18	10 357	18	14 692	7	5 587	12
14	5 295	11	1 300	12	7 397	16	14 760	5	4 576	13
11	4 435	10	1 367	7	4 638	11	9 095	4	3 724	14
21	6 997	15	1 780	13	8 562	14	12 734	10	8 476	15
192	**69 190**	**175**	**23 866**	**120**	**73 790**	**172**	**148 692**	**88**	**76 930**	**16**
108	38 514	111	15 754	62	37 099	101	88 915	61	54 332	17
84	30 676	64	8 112	58	36 691	71	59 777	27	22 598	18
6	2 404	13	1 516	4	2 467	11	9 093	4	3 155	19
8	3 107	10	1 157	9	4 067	19	15 540	5	2 968	20
30	10 742	35	5 196	24	11 925	33	26 121	10	9 829	21
4	1 554	4	536	3	2 340	5	5 869	2	2 921	22
12	4 115	13	1 420	9	5 306	10	8 947	3	2 983	23
13	4 261	10	1 121	8	4 217	10	8 227	4	3 673	24
15	6 432	17	1 906	15	8 885	14	14 571	5	3 150	25
14	4 294	13	1 209	4	2 599	9	7 157	1	945	26
11	4 371	8	1 081	8	5 542	7	7 852	3	2 690	27
11	5 198	12	1 399	12	6 912	11	8 178	5	4 453	28
9	3 316	10	1 000	10	5 461	10	9 158	3	2 457	29
22	9 878	19	1 936	16	9 315	22	18 519	4	3 198	30
155	**59 672**	**164**	**19 477**	**122**	**69 036**	**161**	**139 232**	**49**	**42 422**	**31**
48	17 807	62	8 405	40	20 799	68	56 623	21	18 873	32
107	41 865	102	11 072	82	48 237	93	82 609	28	23 549	33
4	1 327	5	442	2	1 888	3	3 126	2	2 115	34
9	2 995	14	2 010	6	3 826	7	6 241	5	5 466	35
7	2 937	13	1 936	9	4 332	14	10 474	2	1 885	36

Noch: **Allgemeinbildende Schulen am 15. Oktober 1998 nach Schulformen**

Lfd. Nr.	Verwaltungsbezirk	Allgemein					
		insgesamt				Grundschulen[1]	
		Anzahl	Schülerbestand		Lehrkräfte[3]	Anzahl	Schülerbestand
			insgesamt	ausländisch			
	Kreise						
37	Borken	153	53 304	3 591	3 246	78	20 690
38	Coesfeld	82	31 032	1 475	2 001	43	11 820
39	Recklinghausen	229	85 708	11 439	5 499	125	31 656
40	Steinfurt	174	61 968	4 133	3 880	93	23 206
41	Warendorf	113	38 821	3 591	2 427	60	14 675
42	**Reg.-Bez. Münster**	**984**	**352 350**	**37 027**	**22 503**	**525**	**130 759**
	davon						
43	kreisfreie Städte	233	81 517	12 798	5 450	126	28 712
44	Kreise	751	270 833	24 229	17 053	399	102 047
	Kreisfreie Stadt						
45	Bielefeld	108	39 886	7 020	2 938	49	13 958
	Kreise						
46	Gütersloh	130	46 221	5 095	2 887	74	18 038
47	Herford	92	34 150	3 407	2 285	54	12 289
48	Höxter	86	24 377	1 082	1 508	44	8 209
49	Lippe	134	48 548	3 906	3 138	70	18 636
50	Minden-Lübbecke	133	44 235	2 631	2 870	76	16 498
51	Paderborn	119	41 505	3 123	2 762	63	15 390
52	**Reg.-Bez. Detmold**	**802**	**278 922**	**26 264**	**18 388**	**430**	**103 018**
	davon						
53	kreisfreie Stadt	108	39 886	7 020	2 938	49	13 958
54	Kreise	694	239 036	19 244	15 450	381	89 060
	Kreisfreie Städte						
55	Bochum	118	44 069	6 089	3 004	64	14 924
56	Dortmund	175	67 622	12 455	4 494	93	24 173
57	Hagen	71	26 835	5 897	1 701	37	9 446
58	Hamm	61	24 574	3 503	1 571	28	9 084
59	Herne	58	20 805	3 916	1 364	29	7 263
	Kreise						
60	Ennepe-Ruhr-Kreis	118	40 881	4 959	2 635	67	15 291
61	Hochsauerlandkreis	154	39 318	3 439	2 392	84	14 492
62	Märkischer Kreis	171	61 466	9 929	3 817	91	23 698
63	Olpe	76	20 296	1 861	1 244	45	7 608
64	Siegen-Wittgenstein	142	42 157	4 022	2 585	76	14 695
65	Soest	124	42 368	3 023	2 637	63	15 626
66	Unna	135	55 972	6 861	3 529	75	21 207
67	**Reg.-Bez. Arnsberg**	**1 403**	**486 363**	**65 954**	**30 973**	**752**	**177 507**
	davon						
68	kreisfreie Städte	483	183 905	31 860	12 134	251	64 890
69	Kreise	920	302 458	34 094	18 839	501	112 617
70	**Nordrhein-Westfalen**	**6 363**	**2 281 825**	**302 803**	**146 797**	**3 453**	**841 841**
	davon						
71	kreisfreie Städte	2 361	877 643	163 992	58 825	1 258	314 012
72	Kreise	4 002	1 404 182	138 811	87 972	2 195	527 829

Anmerkungen S. 84

bildende Schulen am 15. 10. 1998										
darunter										Lfd. Nr.
Hauptschulen		Sonderschulen		Realschulen		Gymnasien		Gesamtschulen[2)]		
Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	Anzahl	Schüler-bestand	
28	10 573	14	2 201	17	8 806	12	10 379	1	143	37
11	4 041	7	1 011	9	4 894	9	6 713	3	2 553	38
25	8 278	27	3 353	20	12 133	20	18 195	12	12 093	39
25	8 855	17	2 243	19	10 794	15	13 681	3	2 685	40
20	7 361	11	1 261	9	6 155	12	8 430	1	939	41
129	**46 367**	**108**	**14 457**	**91**	**52 828**	**92**	**77 239**	**29**	**27 879**	**42**
20	7 259	32	4 388	17	10 046	24	19 841	9	9 466	43
109	39 108	76	10 069	74	42 782	68	57 398	20	18 413	44
11	4 414	17	2 140	10	4 792	10	8 360	8	5 166	45
18	7 356	11	1 327	13	8 217	10	8 740	4	2 543	46
5	2 144	9	1 152	10	5 301	8	6 927	6	6 337	47
12	4 006	11	1 059	9	4 366	10	6 737	–	–	48
18	7 299	16	1 923	13	7 029	12	9 665	5	3 996	49
15	6 047	15	1 809	11	6 423	9	8 947	6	4 256	50
17	6 482	14	1 865	12	6 612	8	7 958	3	2 537	51
96	**37 748**	**93**	**11 275**	**78**	**42 740**	**67**	**57 334**	**32**	**24 835**	**52**
11	4 414	17	2 140	10	4 792	10	8 360	8	5 166	53
85	33 334	76	9 135	68	37 948	57	48 974	24	19 669	54
9	3 417	16	2 058	8	5 092	11	10 436	9	7 395	55
18	6 037	22	3 440	12	8 519	15	14 380	12	9 728	56
9	3 113	7	912	5	2 954	8	5 708	4	3 661	57
10	3 431	9	1 089	5	3 138	6	5 168	3	2 664	58
7	2 185	8	824	4	2 252	5	4 093	5	4 188	59
14	4 290	11	1 203	9	5 667	10	9 016	7	5 414	60
23	7 140	20	1 693	12	7 132	14	8 738	–	–	61
27	9 210	18	2 281	16	9 525	14	11 912	5	4 840	62
9	3 888	10	1 155	6	3 101	6	4 544	–	–	63
20	5 479	11	1 257	14	6 591	14	10 439	5	3 139	64
20	6 977	15	1 586	11	6 422	13	10 871	1	458	65
12	4 370	14	1 893	11	6 464	13	11 819	9	9 855	66
178	**59 537**	**161**	**19 391**	**113**	**66 857**	**129**	**107 124**	**60**	**51 342**	**67**
53	18 183	62	8 323	34	21 955	45	39 785	33	27 636	68
125	41 354	99	11 068	79	44 902	84	67 339	27	23 706	69
750	**272 514**	**701**	**88 466**	**524**	**305 251**	**621**	**529 621**	**258**	**223 408**	**70**
240	86 177	284	39 010	163	94 691	248	213 524	132	115 473	71
510	186 337	417	49 456	361	210 560	373	316 097	126	107 935	72

Landwirtschaftliche Betriebe im Mai 1998

Verwaltungsbezirk	Landwirtschaftliche Betriebe[1] im Mai 1998						
	insgesamt	davon mit ... bis unter ... ha landwirtschaftlich genutzter Fläche					landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha
		1 – 2	2 – 10	10 – 30	30 – 50	50 und mehr	
Kreisfreie Städte							
Düsseldorf	156	36	60	19	19	22	3 754
Duisburg	95	13	20	23	14	25	3 321
Essen	137	28	36	34	18	21	3 267
Krefeld	115	16	32	19	19	29	3 653
Mönchengladbach	188	9	27	54	55	43	6 447
Mülheim an der Ruhr	82	15	24	23	8	12	1 733
Oberhausen	33	9	9	9	3	3	582
Remscheid	82	8	31	25	10	8	1 496
Solingen	92	27	24	27	5	9	1 535
Wuppertal	174	36	63	49	11	15	2 837
Kreise							
Kleve	2 709	352	691	615	564	487	74 820
Mettmann	496	81	140	110	70	95	14 262
Neuss	789	59	121	217	173	219	30 297
Viersen	1 060	89	226	354	240	151	29 347
Wesel	2 051	254	570	514	393	320	52 785
Reg.-Bez. Düsseldorf	**8 259**	**1 032**	**2 074**	**2 092**	**1 602**	**1 459**	**230 136**
davon							
kreisfreie Städte	1 154	197	326	282	162	187	28 625
Kreise	7 105	835	1 748	1 810	1 440	1 272	201 511
Kreisfreie Städte							
Aachen	215	19	57	55	40	44	6 015
Bonn	70	15	27	13	5	10	1 480
Köln	138	12	24	32	14	56	7 785
Leverkusen	66	6	21	22	7	10	1 478
Kreise							
Aachen	672	86	178	169	120	119	17 657
Düren	1 134	54	143	256	289	392	51 864
Erftkreis	662	33	77	150	144	258	34 416
Euskirchen	1 757	221	575	391	209	361	49 757
Heinsberg	1 146	51	146	391	325	233	38 925
Oberbergischer Kreis	1 647	317	593	358	175	204	30 914
Rhein.-Berg. Kreis	700	143	243	160	72	82	12 919
Rhein-Sieg-Kreis	1 833	239	642	454	216	282	44 038
Reg.-Bez. Köln	**10 040**	**1 196**	**2 726**	**2 451**	**1 616**	**2 051**	**297 248**
davon							
kreisfreie Städte	489	52	129	122	66	120	16 758
Kreise	9 551	1 144	2 597	2 329	1 550	1 931	280 490
Kreisfreie Städte							
Bottrop	138	28	47	24	18	21	3 004
Gelsenkirchen	53	8	16	20	4	5	909
Münster	612	91	189	151	93	88	14 305

1) Betriebe ab 1 ha landwirtschaftlich genutzter Fläche (LF)

Noch: **Landwirtschaftliche Betriebe im Mai 1998**

Verwaltungsbezirk	Landwirtschaftliche Betriebe[1] im Mai 1998						
	insgesamt	davon mit ... bis unter ... ha landwirtschaftlich genutzter Fläche					landwirtschaftlich genutzte Fläche in ha
		1 – 2	2 – 10	10 – 30	30 – 50	50 und mehr	
Kreise							
Borken	4 710	670	1 284	1 552	873	331	92 284
Coesfeld	3 167	446	956	763	577	425	72 830
Recklinghausen	1 140	126	305	351	227	131	26 842
Steinfurt	5 030	665	1 500	1 419	856	590	109 096
Warendorf	3 606	431	1 076	893	610	596	90 519
Reg.-Bez. Münster	**18 456**	**2 465**	**5 373**	**5 173**	**3 258**	**2 187**	**409 789**
davon							
kreisfreie Städte	803	127	252	195	115	114	18 218
Kreise	17 653	2 338	5 121	4 978	3 143	2 073	391 571
Kreisfreie Stadt							
Bielefeld	387	76	142	89	31	49	7 513
Kreise							
Gütersloh	3 612	615	1 464	878	382	273	57 882
Herford	1 398	261	526	361	138	112	23 608
Höxter	2 516	310	702	711	409	384	67 008
Lippe	1 719	243	475	362	231	408	57 244
Minden-Lübbecke	4 251	953	1 525	1 004	419	350	70 798
Paderborn	3 070	461	1 018	878	343	370	63 754
Reg.-Bez. Detmold	**16 953**	**2 919**	**5 852**	**4 283**	**1 953**	**1 946**	**347 807**
davon							
kreisfreie Stadt	387	76	142	89	31	49	7 513
Kreise	16 566	2 843	5 710	4 194	1 922	1 897	340 294
Kreisfreie Städte							
Bochum	79	17	20	14	12	16	2 183
Dortmund	182	25	46	44	27	40	5 771
Hagen	124	25	50	30	12	7	1 923
Hamm	483	86	138	111	72	76	11 382
Herne	24	3	7	8	3	3	492
Kreise							
Ennepe-Ruhr-Kreis	829	217	270	204	84	54	12 626
Hochsauerlandkreis	2 735	381	928	772	390	264	54 195
Märkischer Kreis	1 246	189	443	282	152	180	27 093
Olpe	1 121	196	467	296	101	61	15 793
Siegen-Wittgenstein	1 582	345	795	319	72	51	16 037
Soest	2 485	222	590	693	440	540	78 098
Unna	887	124	211	195	160	197	27 297
Reg.-Bez. Arnsberg	**11 777**	**1 830**	**3 965**	**2 968**	**1 525**	**1 489**	**252 890**
davon							
kreisfreie Städte	892	156	261	207	126	142	21 751
Kreise	10 885	1 674	3 704	2 761	1 399	1 347	231 139
Nordrhein-Westfalen	**65 485**	**9 442**	**19 990**	**16 967**	**9 954**	**9 132**	**1 537 869**
davon							
kreisfreie Städte	3 725	608	1 110	895	500	612	92 865
Kreise	61 760	8 834	18 880	16 072	9 454	8 520	1 445 005

Anmerkung S. 88

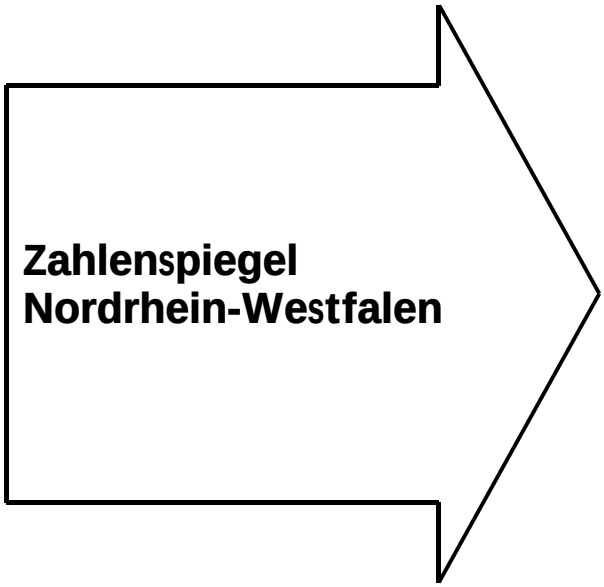
Straßenverkehrsunfälle und Verunglückte in Nordrhein-Westfalen

Dezember 1998

Straßenart / Ortslage	Unfälle mit Personenschaden	Verunglückte			Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat			
		Getötete	Schwer-	Leicht-	Unfälle mit Personenschaden	Getötete	Schwer-	Leicht-
			verletzte				verletzte	
	Anzahl				%			
Autobahnen	355	10	147	414	+ 5,0	–50,0	+12,2	+ 2,2
Bundesstraßen	1 107	35	301	1 222	– 5,4	+84,2	–20,6	– 2,9
innerorts	688	7	152	754	– 9,7	x	–10,1	– 8,0
außerorts	419	28	149	468	+ 2,7	x	–29,0	+ 6,8
Landesstraßen	1 587	27	478	1 622	– 0,1	–22,9	– 7,0	+ 4,3
innerorts	949	12	221	935	– 7,2	–14,3	–19,9	– 4,2
außerorts	638	15	257	687	+12,9	–28,6	+ 8,0	+18,7
Kreisstraßen	616	11	220	576	+ 5,8	–15,4	+12,2	+ 6,1
innerorts	330	1	99	312	–14,1	x	– 4,8	–14,8
außerorts	286	10	121	264	+44,4	x	+31,5	+49,2
Andere Straßen	1 812	13	404	1 695	+ 2,7	x	– 8,0	+ 1,7
innerorts	1 695	10	363	1 582	+ 2,9	x	– 5,5	+ 2,1
außerorts	117	3	41	113	–	x	–25,5	– 2,6
Insgesamt	**5 477**	**96**	**1 550**	**5 529**	**+ 0,6**	**–**	**– 6,6**	**+ 1,9**
innerorts	**3 662**	**30**	**835**	**3 583**	**– 4,1**	**– 6,3**	**–10,5**	**– 3,5**
außerorts	**1 815**	**66**	**715**	**1 946**	**+11,6**	**+ 3,1**	**– 1,5**	**+13,5**

Tagesdatum	Unfälle mit Personenschaden				Verunglückte			Unfälle mit schwerwiegendem Sachschaden[1]	Unfälle mit Personen- und schwerw. Sachschaden[1]
	insgesamt	davon mit			Getötete	Schwer-	Leicht-		
		Getöteten	Schwer-	Leicht-		verletzte			
			verletzten						
1. 12. Dienstag	182	–	47	135	–	50	170	45	227
2. 12. Mittwoch	155	6	33	116	8	35	147	47	202
3. 12. Donnerstag	144	5	37	102	5	40	143	57	201
4. 12. Freitag	308	4	64	240	4	73	313	111	419
5. 12. Samstag	175	4	55	116	5	76	183	86	261
6. 12. Sonntag	96	1	26	69	2	35	107	56	152
7. 12. Montag	189	1	35	153	1	38	200	65	254
8. 12. Dienstag	195	5	37	153	5	40	195	73	268
9. 12. Mittwoch	219	6	42	171	6	47	213	64	283
10. 12. Donnerstag	205	2	47	156	2	49	197	76	281
11. 12. Freitag	216	1	43	172	1	46	222	79	295
12. 12. Samstag	178	1	45	132	1	59	195	81	259
13. 12. Sonntag	79	4	26	49	4	34	78	45	124
14. 12. Montag	237	2	50	185	2	55	252	60	297
15. 12. Dienstag	216	5	43	168	6	54	209	57	273
16. 12. Mittwoch	198	1	59	138	1	64	172	64	262
17. 12. Donnerstag	236	2	67	167	2	74	226	67	303
18. 12. Freitag	271	4	68	199	4	81	258	88	359
19. 12. Samstag	183	3	43	137	4	47	201	80	263
20. 12. Sonntag	184	3	52	129	3	83	207	87	271
21. 12. Montag	242	3	57	182	3	63	233	92	334
22. 12. Dienstag	198	1	40	157	1	43	189	63	261
23. 12. Mittwoch	192	3	51	138	3	58	188	70	262
24. 12. Donnerstag	123	1	32	90	1	38	140	71	194
25. 12. Freitag	81	4	26	51	4	34	83	38	119
26. 12. Samstag	91	3	20	68	3	25	107	44	135
27. 12. Sonntag	63	2	16	45	2	23	68	45	108
28. 12. Montag	138	5	37	96	6	46	146	60	198
29. 12. Dienstag	161	2	29	130	2	32	180	56	217
30. 12. Mittwoch	220	2	65	153	2	70	207	57	277
31. 12. Donnerstag	102	3	30	69	3	38	100	43	145
Insgesamt	**5 477**	**89**	**1 322**	**4 066**	**96**	**1 550**	**5 529**	**2 027**	**7 504**

1) schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne)


Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Bevölkerung			
1	* Bevölkerung am Monatsende	Anzahl	17 962 975	17 970 899
2	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 055 309	2 046 600
	Bevölkerungsbewegung			
	Natürliche Bevölkerungsbewegung			
3	* Eheschließungen[2]	Anzahl	8 315	8 140
4	* Lebendgeborene[3]	Anzahl	15 866	15 191
5	darunter Nichtdeutsche	Anzahl	2 721	2 537
6	* Gestorbene[4] (ohne Totgeborene)	Anzahl	15 829	15 762
7	* darunter im ersten Lebensjahr Gestorbene	Anzahl	87	78
8	* Überschuß der Geborenen (+) bzw. Gestorbenen (–)	Anzahl	+37	–572
	Wanderungen			
9	* Zuzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	24 422	24 063
10	* darunter aus dem Ausland[5]	Anzahl	12 608	12 435
11	* Fortzüge über die Landesgrenzen	Anzahl	22 227	23 406
12	* darunter in das Ausland	Anzahl	11 158	11 927
13	* Wanderungsgewinn (+) bzw. -verlust (–)	Anzahl	+2 194	+657
14	* Innerhalb des Landes Umgezogene[6]	Anzahl	48 207	47 588
			1996	1997
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Arbeitsmarkt			
15	* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[7]	1 000	5 758	5 722
16	* Frauen	1 000	2 390	2 377
17	* Ausländerinnen und Ausländer	1 000	528	515
18	* Teilzeitbeschäftigte	1 000	695	716
19	* darunter Frauen	1 000	632	642
	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte[7] in der Wirtschaftsabteilung			
20	* Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	1 000	171	161
21	* darunter Frauen	1 000	17	16
22	* Verarbeitendes Gewerbe[8]	1 000	1 889	1 839
23	* darunter Frauen	1 000	446	429
24	* Baugewerbe	1 000	352	339
25	* darunter Frauen	1 000	36	35
26	* Handel	1 000	877	880
27	* darunter Frauen	1 000	458	455
28	* Verkehr und Nachrichtenübermittlung	1 000	279	279
29	* darunter Frauen	1 000	79	78

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) nach dem Ereignisort – Umgezogene – 7) ohne Landwirtschaft – 8) einschl. ohne Angabe des Wirtschaftszweigs

1997			1998				1999	Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
17 976 290	17 975 128	17 974 487	17 973 651	17 972 474	17 974 350	17 975 516	17 974 305	1
x	x	2 053 085	x	x	x	2 041 057	x	2
8 748	5 908	11 484	3 128	8 737	6 296	11 735	2 948	3
16 100	13 610	17 930	12 711	14 943	14 838	17 209	11 932	4
2 633	2 316	3 372	1 985	2 378	2 445	3 059	1 717	5
15 622	15 156	18 892	14 859	15 242	15 841	19 129	15 503	6
86	78	103	96	75	70	103	75	7
+478	–1 546	–962	–2 148	–299	–1 003	–1 920	–3 571	8
27 842	21 328	21 586	22 666	28 564	24 448	24 206	21 979	9
14 281	10 983	10 430	11 667	15 163	13 138	12 768	11 732	10
25 950	20 944	21 265	21 354	25 658	21 569	21 120	19 619	11
12 495	10 566	10 737	10 746	11 707	10 551	10 345	9 535	12
+1 892	+384	+321	+1 312	+2 906	+2 879	+3 086	+2 360	13
51 227	45 396	54 281	47 171	50 448	48 255	57 841	44 177	14

1996		1997				1998		
30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	
5 795	5 727	5 694	5 696	5 775	5 722	5 692	5 691	15
2 399	2 378	2 374	2 362	2 394	2 378	2 370	2 359	16
533	520	513	514	521	510	509	514	17
693	702	710	710	715	730	731	735	18
631	636	641	637	639	649	649	650	19
170	168	165	162	160	158	157	154	20
17	17	16	16	16	16	16	16	21
1 892	1 867	1 845	1 834	1 850	1 827	1 816	1 816	22
447	438	433	428	431	422	421	420	23
361	343	332	340	350	333	328	332	24
36	35	35	34	35	34	34	34	25
880	879	876	873	887	882	873	869	26
459	458	454	452	457	455	451	446	27
282	279	277	278	281	280	284	286	28
79	78	78	77	79	78	78	78	29

3) nach der Wohngemeinde der Mutter – 4) nach der Wohngemeinde des Verstorbenen – 5) einschl. ungeklärt und ohne Angabe – 6) ohne innerhalb der Gemeinde

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1996	1997
			Vierteljahresdurchschnitt	
	Noch: **Arbeitsmarkt**			
	Noch: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in der Wirtschaftsabteilung			
1	* Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	1 000	221	220
2	* darunter Frauen	1 000	117	116
3	* Dienstleistungen, soweit anderweitig nicht genannt	1 000	1 450	1 492
4	* darunter Frauen	1 000	930	946
5	* Organisationen ohne Erwerbscharakter, private Haushalte	1 000	186	189
6	* darunter Frauen	1 000	126	127
7	* Gebietskörperschaften und Sozialversicherung	1 000	332	324
8	* darunter Frauen	1 000	179	176
			1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
9	* Arbeitslose[2]	1 000	884	856
10	* darunter Frauen	1 000	364	363
	Arbeitslosenquote[2]			
11	* Insgesamt	%	12,2	11,7
12	* Frauen	%	11,9	11,6
13	* Männer	%	12,4	11,8
14	* Ausländerinnen und Ausländer	%	23,6	22,7
15	* Jugendliche im Alter von unter 20 Jahren	%	11,9	11,6
16	* Offene Stellen[2]	1 000	69	83
17	* Kurzarbeiterinnen und -arbeiter[2][3]	1 000	35	22
	Tierische Produktion			
18	* Schlachtmengen[4] darunter	1 000 t	105	112
19	* Rinder	1 000 t	19	17
20	* Kälber	1 000 t	2	2
21	* Schweine	1 000 t	84	92
22	* Konsumeier[5]	1 000	86 679	85 024p
23	* Geflügelfleisch[6]	1 000 kg	4 032	4 006
24	* Milcherzeugung (an Molkereien geliefert)	1 000 t	219	214

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) Quelle: Landesarbeitsamt Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien – 5) erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Hennenhaltungsplätzen; einschl. Junghennen-, Tieren im Monat

1996		1997				1998		Lfd. Nr.
30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	30. Sept.	31. Dez.	31. März	30. Juni	
222	220	219	218	222	220	219	218	1
117	116	116	115	117	116	116	115	2
1 467	1 452	1 465	1 481	1 512	1 510	1 509	1 513	3
937	931	937	938	955	953	954	949	4
187	188	189	187	190	191	189	188	5
126	127	127	126	127	128	127	127	6
334	330	326	324	324	321	317	316	7
180	179	177	175	177	175	174	173	8

1997			1998				1999	
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
865	865	885	916	814	822	847	874	9
366	364	368	377	355	355	360	369	10
11,9	11,9	12,2	12,6	11,1	11,2	11,5	11,9	11
11,9	11,8	12,0	12,3	11,3	11,3	11,4	11,7	12
11,9	12,0	12,4	12,9	10,9	11,1	11,6	12,0	13
23,3	23,6	24,1	24,7	21,7	22,2	22,8	23,3	14
11,9	11,7	11,4	11,3	11,5	11,5	11,5	11,5	15
64	63	63	67	84	81	76	83	16
25	26	25	29	22	26	27	41	17
120	113	104	115	123	127	112	125	18
22	20	17	19	19	20	18	17	19
2	2	2	2	2	2	2	2	20
95	90	85	94	101	104	91	107	21
91 033	86 804	83 727	82 593	84 862r	82 488r	82 164p	84 888p	22
4 312	3 902	4 164	3 675	4 335	4 078	4 603	4 603	23
209	197	208	213	206	194	206	214	24

Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf; Daten für den aktuellen Berichtsmonat vorläufig – 3) Monatsmitte – 4) aus gewerblichen Schlachtungen (ohne Geflügel); einschl. Bruch- und Knickeiern. – 6) aus Schlachtungen inländischen und ausländischen Geflügels in Schlachtereien mit einer Schlachtkapazität von 2 000 und mehr

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Verarbeitendes Gewerbe[2] sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden			
1	* Beschäftigte[3]	1 000	1 521	1 520
2	* darunter Arbeiterinnen und Arbeiter[4]	1 000	986	983
3	* Geleistete Arbeiterstunden	1 000	128 554	129 413
4	* Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. DM	8 314	8 363
5	* darunter Lohnsumme	Mill. DM	4 474	4 496
6	* Gesamtumsatz	Mill. DM	43 445	43 994
7	* darunter Auslandsumsatz	Mill. DM	13 625	14 068
8	* Index des Auftragseingangs (real)[5]	1991 = 100	96,8	96,9
9	* Inland	1991 = 100	85,8	87,1
10	* Ausland	1991 = 100	121,7	119,0
11	* Vorleistungsproduzenten	1991 = 100	103,9	101,5
12	* Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	90,9	95,1
13	* Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	88,8	84,9
14	* Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	88,0	88,5
15	* Produktionsindex[6]	1991 = 100	96,9	98,4
16	* Vorleistungsgüterproduzenten	1991 = 100	101,4	101,4
17	* Investitionsgüterproduzenten	1991 = 100	91,2	99,4
18	* Gebrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	94,8	97,3
19	* Verbrauchsgüterproduzenten	1991 = 100	88,3	85,8
	Öffentliche Energieversorgung			
20	* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	11 471	11 679
21	* Stromverbrauch[7]	Mill. kWh	10 992	11 129
	Bauwirtschaft und Bautätigkeit[8]			
	Bauhauptgewerbe[9]			
22	* Beschäftigte[3]	Anzahl	188 687	183 733
23	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	18 771	18 508
	darunter für den			
24	* Wohnungsbau	1 000	7 465	7 583
25	* gewerblichen und industriellen Bau[10]	1 000	6 649	6 535
26	* öffentlichen und Verkehrsbau	1 000	4 559	4 390

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) Betriebe von Unternehmen mit Gewinnung von Steinen und Erden, Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung – 6) von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt – 7) einschl. Verlusten – 8) Der schaftlichen Bau, jedoch mit Unternehmen der Bahn und Post ab 1996

1997			1998				1999	Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
1 542	1 540	1 533	1 518	1 520	1 515	1 508	1 509	1
997	996	990	981	982	978	971	972	2
139 267	134 118	119 942	130 268	135 101	133 640	116 806	124 245	3
8 523	10 314	8 565	8 019	8 513	10 385	8 784	7 961	4
4 822	5 385	4 534	4 238	4 781	5 543	4 577	4 178	5
47 809	45 995	43 077	41 514	45 498	44 988	42 705	39 486	6
15 099	14 742	13 383	13 137	14 372	14 576	13 679	12 577	7
105,3	96,9	88,0	96,8	97,0	93,9	85,7	90,6	8
92,2	86,0	77,4	86,2	87,7	84,9	74,6	80,8	9
135,0	121,6	112,2	120,8	118,0	114,3	110,7	112,8	10
113,7	104,8	95,2	105,8	101,8	97,1	87,1	95,3	11
96,9	91,0	84,6	88,5	94,2	94,9	91,1	87,2	12
103,7	95,8	79,4	90,9	91,5	88,2	73,7	81,1	13
88,6	76,2	76,0	86,2	81,0	73,0	73,5	83,9	14
99,9	104,6	95,1	98,0	98,6r	103,3	89,7	98,4	15
105,3	108,2	91,4	104,3	102,3r	101,8	81,9	108,1	16
88,7	98,0	112,8	87,7	95,2r	115,9	118,8	93,2	17
104,4	111,5	89,5	93,9	98,9r	102,9	80,8	92,1	18
96,5	101,4	83,5	91,5	88,4r	92,7	78,9	95,4	19
11 737	12 487	12 625	12 240	11 654	12 687	12 967	13 097	20
11 439	11 776	11 883	12 273	11 491	11 872	12 004	12 262	21
187 285	186 404	183 773	180 446	183 643	181 664	179 139	175 120	22
21 320	19 222	14 709	15 238	20 321	18 704	13 942	14 901	23
8 362	7 425	5 638	6 026	8 406	7 568	5 641	6 173	24
7 429	6 799	5 331	5 641	7 006	6 697	5 111	5 470	25
5 418	4 895	3 666	3 477	4 909	4 439	3 190	3 258	26

im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten – 3) einschl. der tätigen Inhaberinnen und Inhaber – 4) einschl. der gewerblich Auszubildenden – 5) ohne Bergbau, Berichtskreiswechsel ab 1996 schränkt die Vergleichbarkeit mit den vorangehenden Zahlen ein. – 9) nach der Totalerhebung hochgerechnet – 10) ohne landwirt-

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Noch: **Bauwirtschaft und Bautätigkeit**			
	Noch: Bauhauptgewerbe[2]			
1	* Bruttolohnsumme	Mill. DM	619,4	597,9
2	* Bruttogehaltsumme	Mill. DM	218,3	221,9
3	* Baugewerblicher Umsatz (ohne Mehrwertsteuer)	Mill. DM	2 895,9	2 853,8
4	* Index des Auftragseingangs[3]	1995 = 100	93,4	83,9
5	* Hochbau zusammen	1995 = 100	91,0	85,8
6	* Wohnungsbau	1995 = 100	98,8	118,6
7	* Tiefbau zusammen	1995 = 100	97,4	81,8
8	* Straßenbau	1995 = 100	98,3	86,5
			1997	1998
			Durchschnitt der Quartale	
	Ausbaugewerbe			
9	* Beschäftigte (am Quartalsende)	Anzahl	68 279	73 389
10	* Geleistete Arbeitsstunden	1 000	22 965	24 417
11	* Ausbaugewerblicher Umsatz	Mill. DM	2 950,0	3 048,6
			1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Baugenehmigungen			
12	* Wohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	3 162	3 553
13	* darunter mit 1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	2 671	3 116
14	* umbauter Raum	1 000 m^3	3 638	3 809
15	* Wohnfläche	1 000 m^2	661	692
16	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	1 572 056	1 639 808
17	* Nichtwohngebäude (nur Neu- und Wiederaufbau)	Anzahl	408	446
18	* umbauter Raum	1 000 m^3	2 657	2 986
19	* Nutzfläche	1 000 m^2	422	477
20	* veranschlagte reine Baukosten	1 000 DM	606 589	636 274
21	* Wohnungen insgesamt (in Wohn- und Nichtwohngebäuden; Neubau und Saldo aus Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	7 778	7 621
22	* Wohnräume insgesamt	Anzahl	35 413	35 921

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel" veröffentlicht. – 2) nach Totalerhebung hochge

1997			1998				1999	Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
654,1	792,5	607,4	543,6	613,4	719,8	569,3	505,7	1
210,2	305,4	216,9	204,3	214,3	291,6	226,9	204,6	2
3 119,0	3 141,5	3 513,8	1 993,9	3 111,8	3 142,6	3 213,1	1 831,6	3
99,2	76,7	98,2	71,1	81,4	80,5	103,1	71,3	4
101,2	71,1	99,6	63,8	75,3	74,7	100,6	70,0	5
121,2	77,6	119,4	78,6	84,4	98,6	96,8	62,2	6
96,0	85,7	95,8	82,9	91,1	89,8	107,1	73,3	7
97,0	76,9	83,7	80,6	103,2	71,0	93,5	50,3	8

1997				1998				
1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	
68 657	68 522	69 116	66 822	74 203	74 007	73 835	71 512	9
22 072	23 405	23 836	22 548	24 289	24 059	25 283	24 038	10
2 388,9	2 801,1	3 002,5	3 607,5	2 810,0	2 908,0	2 991,8	3 484,6	11

1997			1998				1999	
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
3 249	2 524	5 048	3 160	3 684	3 155	6 468	3 121	12
2 765	2 121	4 215	2 740	3 216	2 789	5 685	2 719	13
3 601	2 870	5 908	3 461	3 960	3 364	6 851	3 351	14
649	527	1 096	624	720	614	1 270	615	15
1 563 093	1 242 981	2 572 567	1 484 381	1 692 985	1 480 204	2 936 929	1 451 850	16
451	401	573	364	432	470	662	338	17
2 364	2 601	3 985	2 525	3 122	3 165	5 185	2 277	18
382	432	615	425	521	500	869	363	19
570 555	541 103	839 479	591 699	741 308	626 734	1 160 367	517 111	20
7 474	6 115	12 796	7 103	8 021	6 269	14 207	6 704	21
33 721	29 036	57 287	32 794	38 120	29 591	65 329	31 453	22

rechnet – 3) Betriebe von Unternehmen mit im allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten; preisbereinigt

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997[2]	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Außenhandel			
	Ausfuhr (Spezialhandel)			
1	* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	15 630,3	15 648,2
	davon			
2	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	565,2	549,6
3	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	15 065,1	15 098,5
	davon			
4	* Rohstoffe	Mill. DM	133,0	109,5
5	* Halbwaren	Mill. DM	942,4	846,0
6	* Fertigwaren	Mill. DM	13 989,6	14 143,0
	davon			
7	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	3 924,6	3 878,4
8	* Enderzeugnisse	Mill. DM	10 065,0	10 264,7
	Ausfuhr in die/nach			
9	* EU-Länder[3]	Mill. DM	9 179,3	9 207,3
	darunter		.	.
10	Belgien und Luxemburg	Mill. DM	1 545,8	1 475,2
11	Niederlande	Mill. DM	1 420,9	1 480,1
12	Frankreich	Mill. DM	1 220,0	1 241,8
13	Großbritannien	Mill. DM	1 150,6	1 142,4
14	Italien	Mill. DM	552,1	586,2
15	Spanien	Mill. DM	718,6	712,5
16	Österreich	Mill. DM	366,2	352,4
17	Schweden	Mill. DM	.	.
18	Vereinigten Staaten von Amerika	Mill. DM	1 111,4	1 221,6
19	Schweiz	Mill. DM	596,5	611,7
	Einfuhr (Generalhandel)			
20	* Einfuhr insgesamt	Mill. DM	15 924,3	16 060,7
	davon			
21	* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. DM	1 643,2	1 621,4
22	* Güter der gewerblichen Wirtschaft	Mill. DM	14 281,1	14 439,2
	davon			
23	* Rohstoffe	Mill. DM	873,5	738,6
24	* Halbwaren	Mill. DM	2 104,8	1 833,9
25	* Fertigwaren	Mill. DM	11 302,9	11 866,7
	davon			
26	* Vorerzeugnisse	Mill. DM	2 385,8	2 465,9
27	* Enderzeugnisse	Mill. DM	8 917,0	9 400,7
28	* Einfuhr aus EU-Ländern[3]	Mill. DM	9 350,7	9 224,5

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) endgültige Ergebnisse –

1997			1998				1999	Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
17 134,5	16 129,9	16 692,4	14 125,9	16 499,7	15 714,9	14 249,2	13 027,9	1
625,0	625,3	611,8	591,9	664,3	525,9	549,2	479,0	2
16 509,5	15 504,7	16 080,6	13 534,0	15 835,4	15 188,9	13 700,0	12 548,9	3
132,4	130,4	134,6	111,7	114,2	96,4	105,5	89,1	4
967,2	971,4	1 278,0	999,6	745,1	835,8	603,4	691,5	5
15 409,9	14 402,9	14 668,0	12 422,7	14 976,0	14 256,7	12 991,1	11 768,3	6
4 388,9	4 232,1	3 719,3	3 800,5	4 042,5	3 642,9	3 190,2	3 090,9	7
11 021,0	10 170,8	10 948,7	8 622,2	10 933,5	10 613,9	9 800,9	8 677,4	8
9 982,5	9 235,2	9 864,1	8 183,9	10 157,9	9 302,9	8 157,2	8 034,3	9
.	.	.	.	.	.	.	1 288,6	
1 655,4	1 629,6	1 802,5	1 587,6	1 644,3	1 400,7	1 304,0	1 239,2	10
1 463,9	1 443,8	1 433,5	1 367,6	1 557,4	1 484,8	1 298,8	1 348,7	11
1 290,6	1 234,6	1 255,5	1 091,0	1 323,0	1 156,7	1 062,5	1 007,1	12
1 267,0	1 144,4	1 255,0	981,5	1 195,6	1 075,6	849,1	973,3	13
613,5	563,0	552,2	551,9	612,2	589,1	535,7	521,6	14
780,6	789,0	698,8	631,0	811,4	759,0	625,3	583,7	15
401,5	376,7	386,0	310,0	399,5	331,2	330,6	325,1	16
.	.	.	.	.	.	.	22,0	17
1 231,6	1 189,8	1 168,1	1 066,3	1 256,0	1 246,9	1 205,4	981,8	18
665,8	620,9	546,7	555,8	605,5	637,1	553,8	510,2	19
18 074,1	16 276,1	16 772,7	16 434,8	17 116,3	16 159,9	15 358,6	13 941,1	20
1 946,9	1 763,2	1 703,7	1 943,8	1 618,9	1 437,7	1 705,3	1 604,9	21
16 127,2	14 512,9	15 069,1	14 491,0	15 497,5	14 722,2	13 653,4	12 336,2	22
1 065,3	839,8	975,9	754,6	833,2	578,3	625,6	607,3	23
2 366,1	2 195,0	2 111,9	2 182,3	1 865,3	1 762,9	1 589,2	1 639,3	24
12 695,8	11 478,1	11 981,3	11 554,1	12 799,0	12 381,1	11 438,6	10 089,7	25
2 610,6	2 700,9	2 274,3	2 428,3	2 729,7	2 317,5	2 318,5	1 813,7	26
10 085,2	8 777,2	9 706,9	9 125,8	10 069,3	10 063,6	9 120,1	8 276,0	27
10 581,9	9 610,5	10 375,1	9 864,6	9 749,3	9 355,7	8 818,2	7 921,1	28

3) EU-Länder nach dem Gebietsstand von Januar 1995

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Einzelhandel; Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Tankstellen[2]			
1	* Beschäftigte	1995 = 100	96,3	96,9
2	* Umsatz (nominal)	1995 = 100	98,7	101,3
	darunter im Wirtschaftszweig			
3	Einzelhandel[3]; Reparatur von Gebrauchsgütern	1995 = 100	96,8	97,8
	darunter			
4	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art[4][5]	1995 = 100	91,8	91,5
5	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren[4]	1995 = 100	94,8	93,1
6	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln[4]	1995 = 100	110,7	117,6
7	Sonstiger Facheinzelhandel[4]	1995 = 100	97,6	100,4
	darunter Einzelhandel mit			
8	Textilien	1995 = 100	.	.
9	Bekleidung	1995 = 100	96,9	93,5
10	Schuhen und Lederwaren	1995 = 100	100,0	97,4
11	Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a. n. g.	1995 = 100	97,5	100,9
12	elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	1995 = 100	90,5	92,2
13	Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	1995 = 100	100,7	115,2
14	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	1995 = 100	97,4	101,9
15	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	1995 = 100	106,1	114,3
	darunter			
16	Handel mit Kraftwagen	1995 = 100	107,9	116,5
17	Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	99,8	100,8
18	Tankstellen[5]	1995 = 100	91,4	102,6
19	* Umsatz (real)	1995 = 100	97,2	99,4
	darunter im Wirtschaftzweig			
20	Einzelhandel[3]; Reparatur von Gebrauchsgütern	1995 = 100	95,1	96,0
	darunter			
21	Einzelhandel mit Waren verschiedener Art[4][5]	1995 = 100	90,3	89,2
22	Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln, Getränken und Tabakwaren[4]	1995 = 100	92,0	89,5
23	Apotheken; Facheinzelhandel mit medizinischen, orthopädischen und kosmetischen Artikeln[4]	1995 = 100	110,6	115,8
24	Sonstiger Facheinzelhandel[4]	1995 = 100	96,8	99,0
	darunter Einzelhandel mit			
25	Textilien	1995 = 100	.	.
26	Bekleidung	1995 = 100	96,2	92,6
27	Schuhen und Lederwaren	1995 = 100	98,5	95,2
28	Möbeln, Einrichtungsgegenständen und Hausrat a. n. g.	1995 = 100	95,5	98,0
29	elektrischen Haushalts-, Rundfunk- und Fernsehgeräten sowie Musikinstrumenten	1995 = 100	93,0	96,0
30	Metallwaren, Anstrichmitteln, Bau- und Heimwerkerbedarf	1995 = 100	98,8	110,9
31	Büchern, Zeitschriften, Zeitungen, Schreibwaren und Bürobedarf	1995 = 100	92,9	95,4
32	Kraftfahrzeughandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen; Tankstellen	1995 = 100	105,8	113,0
	darunter			
33	Handel mit Kraftwagen	1995 = 100	107,9	115,1
34	Handel mit Kraftwagenteilen und Zubehör	1995 = 100	99,5	100,1
35	Tankstellen[5]	1995 = 100	88,7	100,8

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) Daten für den aktuellen
rer Wertsschöpfung mehrheitlich zum Einzelhandel mit Waren verschiedener Art zugeordnet worden. Daher sind die Ergebnisse mit den Vorjahresmonaten nur be

1997			1998				1999	Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
96,3	96,5	96,3	95,4	98,4	99,3	96,9	96,9	1
103,9	99,7	117,9	93,4	105,7	107,9	125,6	93,2	2
102,7	99,6	122,5	92,1	103,7	104,7	127,0	91,9	3
96,8	92,9	115,3	88,4	93,3	99,7	123,1	90,8	4
95,5	89,3	116,6	86,2	92,9	92,4	117,3	76,6	5
116,3	108,5	134,9	111,0	122,3	120,8	147,5	116,6	6
104,9	103,8	130,8	91,2	112,2	108,0	131,9	88,4	7
.	.	.	.	.	.	.	.	8
109,5	101,6	128,9	93,4	103,9	103,4	122,7	87,2	9
119,3	100,5	119,1	80,2	109,6	103,4	108,6	79,4	10
105,2	107,3	121,5	92,0	111,9	111,8	128,2	90,4	11
94,1	98,6	146,3	91,7	93,5	107,6	143,6	85,4	12
109,9	99,8	97,2	92,5	117,6	116,3	106,6	90,7	13
99,0	104,4	165,0	92,3	101,0	108,4	175,5	89,8	14
108,7	100,0	100,2	98,6	113,1	120,1	119,9	98,2	15
110,4	99,9	101,0	101,8	114,5	119,4	122,4	106,0	16
124,4	140,2	118,1	70,9	115,7	171,8	118,8	67,4	17
94,7	91,1	91,1	86,9	110,0	115,2	109,0	47,8	18
102,2	98,1	116,2	92,1	103,7	105,9	123,4	91,6	19
100,7	97,7	120,3	90,5	101,8	102,9	124,7	90,4	20
95,1	91,1	113,0	86,3	91,3	97,6	120,5	88,8	21
92,4	86,4	112,8	83,0	89,5	89,1	113,3	73,7	22
116,4	108,4	134,4	111,1	118,8	117,3	143,0	113,2	23
103,8	102,9	130,1	90,4	110,2	106,3	130,3	87,0	24
.	.	.	.	.	.	.	.	25
108,4	100,5	127,6	92,6	102,8	102,0	121,1	86,1	26
117,4	98,8	117,2	78,8	106,8	100,6	105,7	77,2	27
103,0	105,0	118,8	89,8	108,3	108,1	124,0	87,5	28
97,0	102,0	151,6	95,3	97,7	112,6	150,7	89,6	29
107,4	97,6	95,1	90,2	112,7	111,4	102,2	87,0	30
94,0	99,0	155,7	87,2	94,4	101,0	163,5	83,6	31
108,3	99,6	99,8	98,4	111,2	118,1	117,9	96,6	32
110,2	99,8	100,9	101,8	112,5	117,4	120,3	104,1	33
124,3	140,1	118,1	70,9	114,7	169,9	117,5	66,7	34
91,4	88,2	88,5	85,3	108,0	113,1	107,0	47,3	35

Berichtsmonat vorläufig – 3) ohne Handel mit Kraftfahrzeugen und ohne Tankstellen – 4) in Verkaufsräumen – 5) Ab 1999 sind Agenturtankstellen entsprechend ihdingt vergleichbar.

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Gastgewerbe[2]			
1	* Beschäftigte	1995 = 100	98,9	98,0
2	* Umsatz (nominal)	1995 = 100	98,9	95,8
3	* Umsatz (real)	1995 = 100	96,6	92,2
	Reiseverkehr			
4	* Gästeankünfte	1 000	1 092	1 124
5	* darunter von Auslandsgästen	1 000	193	199
6	* Gästeübernachtungen	1 000	2 857	2 895
7	* darunter von Auslandsgästen	1 000	452	464
	Verkehr			
	Binnenschiffahrt			
8	* Güterempfang	1 000 t	6 259	6 551
9	* Güterversand	1 000 t	3 991	3 942
	Kraftfahrzeuge			
10	* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge[3]	Anzahl	71 126	73 303
	darunter			
11	* Personenkraftwaren einschließlich Kombinationskraftwagen	Anzahl	60 342	62 610
12	* Lastkraftwagen	Anzahl	3 427	3 896
13	* Krafträder einschl. Kraftrollern und Leichtkrafträdern	Anzahl	6 155	5 461
	Straßenverkehrsunfälle[4]			
14	* Unfälle mit Personenschäden	Anzahl	6 293r	6 199
15	* Getötete Personen	Anzahl	99	90
16	* Verletzte Personen	Anzahl	8 019r	7 904

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) Daten für den aktuellen

1997			1998				1999	Lfd. Nr.
Oktober	November	Dezember	Januar	Oktober	November	Dezember	Januar	
99,1	97,8	99,0	91,8	100,0	97,7	98,7	91,8	1
103,4	98,7	105,1	85,2	110,8	95,5	97,2	85,2	2
100,5	95,8	102,1	81,6	105,9	91,4	93,2	81,6	3
1 319r	1 149r	845r	914r	1 328p	1 190p	895p	938p	4
233r	186r	146r	169r	242p	181p	154p	166p	5
3 391r	2 674r	2 110r	2 289r	3 408p	2 706p	2 230p	2 380p	6
562r	409r	325r	394r	569p	381p	341p	388p	7
6 474	6 295	6 485	7 097	6 579	6 330	6 345	5 755	8
4 466	4 025	3 655	4 211	4 305	3 617	3 341	3 623	9
72 957	58 942	60 022	65 863	74 494	66 736	65 383	69 219	10
65 383	52 022	53 716	58 111	66 996	60 191	58 702	61 034	11
3 885	3 899	3 385	3 635	4 221	4 205	4 392	3 878	12
2 514	2 092	1 927	2 890	1 923	1 219	1 235	2 906	13
6 911	5 976	5 443	5 500	6 781	5 984	5 477	5 163	14
101	95	96	101	87	88	96	81	15
8 854	7 520	7 086	6 980	8 728	7 623	7 079	6 647	16

Berichtsmonat vorläufig – 3) Quelle: Kraftfahrt-Bundesamt, Flensburg – 4) Daten für das Jahr 1998 vorläufig

Zahlenspiegel
Nordrhein-Westfalen

Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Insolvenzen			
1	* Insolvenzen[2] insgesamt	Anzahl	534	536
2	* Unternehmen	Anzahl	447	432
	davon in der Wirtschaftsabteilung[3]			
3	Verarbeitendes Gewerbe	Anzahl	62	56
4	Baugewerbe	Anzahl	111	106
5	Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern	Anzahl	107	114
6	Dienstleistungen[4]	Anzahl	160	149
7	übrige Wirtschaftsabteilungen	Anzahl	8	8
8	* übrige Gemeinschuldner	Anzahl	86	104
9	* Beantragte Konkurse	Anzahl	533	534
10	* darunter mangels Masse abgelehnt	Anzahl	361	360
			1997	1998
			Monatsdurchschnitt	
	Preise			
11	* Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	1995 = 100	103,5	104,5
12	* Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit mittlerem Einkommen	1995 = 100	103,4	104,2
13	Preisindex für die Lebenshaltung von 4-Personen-Haushalten mit höherem Einkommen	1995 = 100	103,2	104,1
14	Preisindex für die Lebenshaltung von 2-Personen-Haushalten mit geringem Einkommen	1995 = 100	103,9	105,2
			1997	1998
			Vierteljahresdurchschnitt	
15	* Preisindex für Wohngebäude, Neubau in konventioneller Bauart, Bauleistungen am Bauwerk	1995 = 100	101,1	102,2
	davon			
16	Rohbauarbeiten	1995 = 100	99,8	100,3
17	Ausbauarbeiten	1995 = 100	102,4	104,0
18	Preisindex für den Straßenbau	1995 = 100	99,6	101,2

1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) ohne Anschlußkonkurse, Abschnitt H), Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Abschnitt I), Kredit- und Versicherungsgewerbe (AbschnittJ), Grundstücks- und Wohnungswesen, Vermietung und Sozialwesen (Abschnitt N) sowie Erbringung vonsonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen (Abschitt O)

1997				1998				Lfd. Nr.
September	Oktober	November	Dezember	September	Oktober	November	Dezember	
563	503	551	518	620	546	435	587	1
489	401	471	432	505	443	328	481	2
67	29	61	65	62	51	38	60	3
104	107	114	105	119	122	75	100	4
123	92	118	96	133	111	96	132	5
185	164	173	152	187	147	112	176	6
10	9	5	14	4	12	7	13	7
74	102	80	86	115	103	107	106	8
563	502	550	516	619	546	435	584	9
430	315	339	334	439	359	313	317	10

1997		1998				1999		
November	Dezember	Januar	Februar	November	Dezember	Januar	Februar	
103,9	104,0	104,0	104,2	104,4	104,4	104,2	104,4	11
103,6	103,7	103,8	103,9	104,1	104,2	103,9	104,1	12
103,4	103,5	103,6	103,8	104,0	104,1	103,9	104,2	13
104,4	104,6	104,8	105,0	105,1	105,1	104,7	104,9	14

1997				1998				
Februar	Mai	August	November	Februar	Mai	August	November	
100,8	101,0	101,3	101,2	101,2	102,3	102,5	102,6	15
99,6	99,7	99,9	99,8	99,4	100,5	100,6	100,5	16
102,0	102,2	102,6	102,6	12,9	104,1	104,3	104,6	17
99,2	99,4	99,7	100,1	100,1	101,4	101,7	101,7	18

denen ein eröffnedes Vergleichsverfahren vorausgegangen ist – 3) gemäß Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 – 4) Gastgewerbe (gemäß WZ 93: beweglicher Sachen, Erbringung von Dienstleistungen überwiegend für Unternehmen (Abschitt K), Erziehung und Unterricht (Abschnitt M), Gesundheits-, Veterinär-

Zahlenspiegel Nordrhein-Westfalen

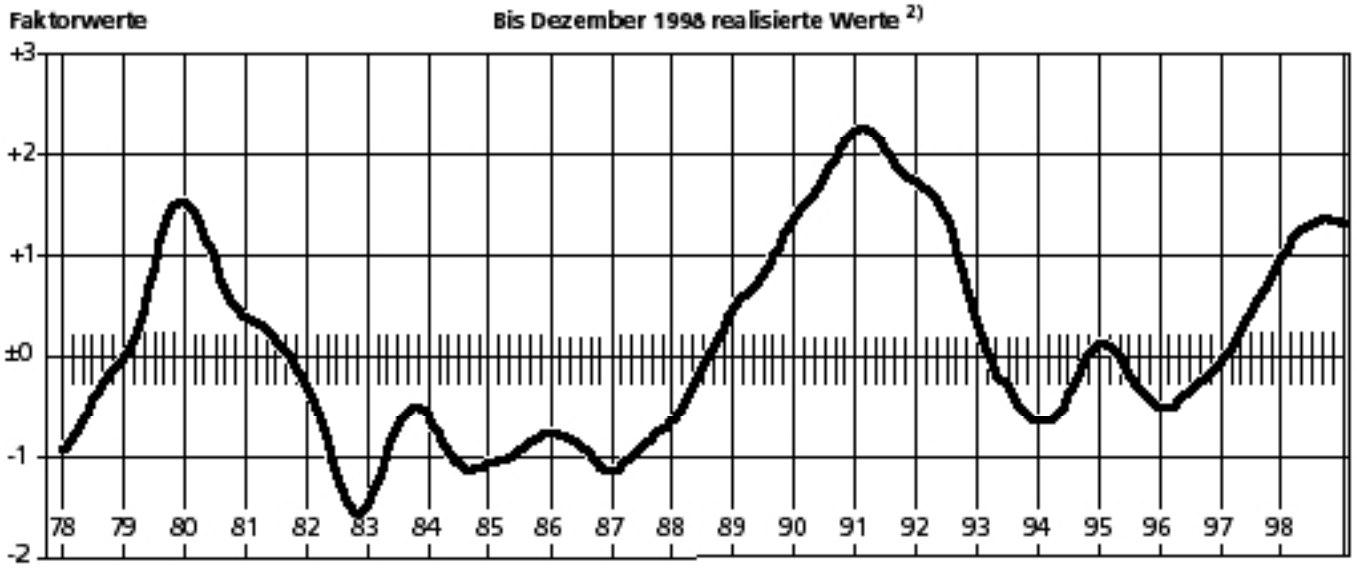
Lfd. Nr.	Merkmal[1]	Einheit	1997[3]	1998
			Vierteljahresdurchschnitt[2]	
	Löhne und Gehälter			
	Bruttomonatsverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe			
1	* Arbeiter	DM	4 573	4 647
2	* Arbeiterinnen	DM	3 326	3 389
	Bruttostundenverdienste der Arbeiter/-innen im Produzierenden Gewerbe			
3	* Arbeiter	DM	27,33	27,69
4	* Arbeiterinnen	DM	20,77	21,17
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten im Produzierenden Gewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
5	* männlich	DM	6 710	6 828
6	* weiblich	DM	4 824	4 960
	* technische Angestellte			
7	* männlich	DM	6 965	7 096
8	* weiblich	DM	5 019	5 165
	Bruttomonatsverdienste der Angestellten in Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen und Gebrauchsgütern; Kredit- und Versicherungsgewerbe			
	* kaufmännische Angestellte			
9	* männlich	DM	5 548	5 631
10	* weiblich	DM	4 139	4 259

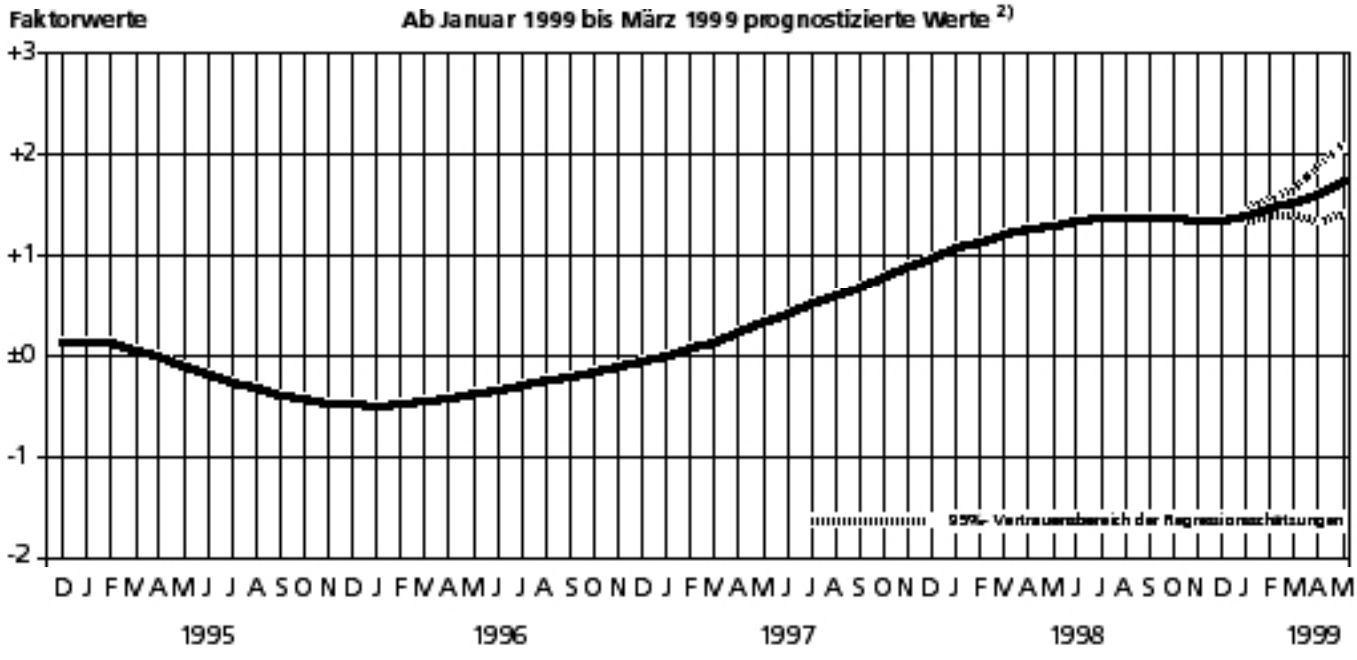
1) Die mit einem Stern versehenen Positionen werden von allen statistischen Landesbehörden im „Zahlenspiegel“ veröffentlicht. – 2) mit der jeweiligen Anzahl der Betriebe nach der Klassifikation der Wirtschaftszweige, Ausgabe 1993 (WZ 93) in der Fassung für die Verdienststatistik

1997			1998				1999	Lfd. Nr.
April	Juli	Oktober	Januar	April	Juli	Oktober	Januar	
4 593	4 585	4 596	4 522	4 643	4 659	4 693	4 594	1
3 336	3 333	3 334	3 357	3 396	3 398	3 391	3 428	2
27,38	27,36	27,37	27,37	27,72	27,69	27,80	27,75	3
20,84	20,78	20,81	20,95	21,23	21,22	21,17	21,51	4
6 697	6 713	6 747	6 769	6 843	6 822	6 848	6 872	5
4 813	4 827	4 854	4 882	4 944	4 973	4 991	5 008	6
6 977	6 990	6 969	6 954	7 076	7 117	7 152	7 093	7
5 009	5 033	5 047	5 048	5 105	5 184	5 237	5 191	8
5 546	5 544	5 559	5 615	5 635	5 618	5 645	5 684	9
4 125	4 141	4 156	4 232	4 236	4 268	4 277	4 325	10

Beschäftigten gewichtigter Durchschnitt der vier Erhebungsmonate Januar, April, Juli und Oktober – 3) ab Januar 1996 wirtschaftssystematische Zuordnung der

Monatlicher Gesamtindikator der konjunkturellen Entwicklung [1]





1) letzte Umstellung des Indikatormodells auf neue Reihen im Heft 11/95
2) Zum Ermittlungsverfahren vgl. Stat. Rundschau NW Heft 5/95.